



Protokoll

der 42. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Donnerstag, den 14. Dezember 2023, um 9:00 Uhr

Vorsitz: *Bülent Pekerman, Grossratspräsident*

Protokoll: *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Sabine Canton, II. Ratssekretärin
Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung

Abwesende: *Anina Ineichen (GAB), Lisa Mathys (SP), David Jenny (FDP), Daniel Sägesser (SP), Leonie Bolz (SP)*

Verhandlungsgegenstände:

50. Bericht der Finanzkommission zum Budget 2024 und Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Budget 2024 der fünf kantonalen Museen, Bericht der FKom, Mitbericht BKK 2



Beginn der 42. Sitzung

Donnerstag, 14. Dezember 2023, 09:00 Uhr

50. Bericht der Finanzkommission zum Budget 2024 und Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Budget 2024 der fünf kantonalen Museen, Bericht der FKom, Mitbericht BKK

[14.12.23 09:00:10, 23.5583.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zur heutigen Budgetsitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen:

Neuer Bundesrat, bitte um sofortige Entlassung aus dem Amt des Regierungspräsidenten

Ich habe von Bundesrat Beat Jans ein Schreiben erhalten, in welchem er den sofortigen Rücktritt als Regierungspräsident erklärt. Gemäss § 2 des Grossratsbeschlusses betreffend Abbitte der von der Gesamtheit der Stimmberechtigten gewählten Behördenmitglieder, kann der Grosse Rat auf Antrag eine Entlassung aus dem Amt per sofort gewähren. Entsprechend frage ich Sie, ob Sie mit der sofortigen Entlassung von Beat Jans als Regierungspräsident einverstanden sind?

Sie haben stillschweigend so beschlossen.

Gebäck & Kaffee heute Morgen

Brigitte Kühne und Daniel Sägesser versüssen uns den heutigen Morgen mit Gebäck & Kaffee, Das Gebäck finden Sie im Vorzimmer und den Kaffee bei Margrit Rünzi.

Vielen Dank für diese schöne Geste

[Applaus]

Neuer Präsident der IPK FHNW

Grossrat Erich Bucher wurde von der IPK FHNW ab dem 1.1.2024 zu deren neuen Präsidenten gewählt. Ich gratuliere Erich Bucher zu dieser Wahl und wünsche Ihm viel Freude im Amt.

[Applaus]

Besuch auf der Zuschauertribüne

Auf der Tribüne begrüsse ich Schülerinnen und Schüler des Wirtschaftsgymnasiums Basel, mit Lehrperson David Schreiber. Die Jugendlichen haben sich vorher bereits mit zwei Ratsmitgliedern zur engagierten Debatte getroffen – wir wünschen euch einen interessanten Nachmittag bei uns.

[Applaus]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Die Finanzkommission beantragt dem Grossen Rat, auf ihren Bericht einzutreten und das Budget 2024 des Kantons Basel-Stadt mit den Änderungen der Finanzkommission zu genehmigen. Die Bildungs- und Kulturkommission hat zuhanden der Finanzkommission einen Mitbericht zum Globalbudget der kantonalen Museen verfasst. Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission berichtet zum Globalbudget Öffentlicher Verkehr mündlich.

Allgemeine Eintretensdebatte zum Bericht der Finanzkommission und zum Budget. Erste Referenten sind der Präsident der Finanzkommission, die Präsidi der BKK und der UVEK, die Vorsteherin des Finanzdepartements und der Vorsitzende des Gerichtsrats. Anschliessend folgen Fraktions- und Einzelsprechende.

Eintreten auf das Budget ist obligatorisch.

Detailberatung.

Gesamtkantonale Feststellungen (Kapitel 4 des Berichts der Finanzkommission), danach departementsweise Beratung. Das Globalbudget der kantonalen Museen ist im Präsidialdepartement integriert. Das Globalbudget Öffentlicher Verkehr ist im Bau- und Verkehrsdepartement enthalten. Die Änderungsanträge der Finanzkommission gegenüber dem Budget werden bei



den einzelnen Departementen behandelt. Die Vorgezogenen Budgetpostulate zum Budget 2024 werden bei den entsprechenden Departementen beraten.

Kenntnisnahme der Investitionsübersichtsliste, Schlussabstimmung über das Budget 2024.

Wir starten mit der Eintretensdebatte. Für die Finanzkommission hat das Wort deren Präsident Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Wir dürfen heute am wirklich allerletzten Grossratstag des Jahres noch das Budget 2024 beschliessen, mit welchem sich die Finanzkommission in den letzten gut zwei Monaten intensiv und auch kritisch auseinandergesetzt hat. Wir haben dabei wie üblich allen Departementen und auch den Gerichten kritische Fragen gestellt und auch Themen angesprochen, welche teilweise auf den ersten Blick im Bericht des Regierungsrates nicht ersichtlich waren.

Vorab. Die Finanzkommission dankt der Regierung und den Gerichten für die rasche und detaillierte Beantwortung unserer Fragen und die Bereitschaft, sich auch an den Hearings mit diesen unseren Fragen auseinanderzusetzen.

Der Regierungsrat budgetierte für das Jahr 2024 bei einem Aufwand von knapp 4,7 Milliarden Franken und einem Ertrag von knapp 4,8 Milliarden Franken einen Überschuss in der Erfolgsrechnung von 52,2 Millionen Franken. Zwischenzeitlich hat sich dieser budgetierte Überschuss erhöht, weil der definitive Teuerungsbeschluss des Regierungsrates nun wie üblich anfangs Dezember final vorliegt. Ich komme darauf auch noch zu sprechen. Trotz diesem positiven Gesamtergebnis steigen die Nettoschulden. Dies geht auf das hohe Investitionsvolumen von 427 Millionen Franken zurück.

Beim Budget 2024 handelt es sich nun um das erste Post-Corona-Budget. In diesem Budget sind erstmals keine spezifischen Ausgaben in Bezug auf die Pandemie berücksichtigt, was natürlich für uns alle sehr positiv ist. Unabhängig davon bleiben aber die Herausforderungen für unseren Kanton weiterhin gross und es gibt auch weiterhin gewisse Unsicherheiten. Ich habe im letzten Jahr das Beispiel von einem Tanker auf der See, auf dem Meer gebracht, sprich, wir befinden uns auf einer See und wir sind auf diesem Schiff gemeinsam und am Horizont hat es vielleicht die eine oder andere Wolke, die dann das Schiff oder den Kurs des Schiffes beeinträchtigen könnte. Diese Situation ist auch im 2024 so. Es gibt gewisse Wolken am weiten Horizont, aber so viel kann ich jetzt schon sagen, der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt ist auf diese Herausforderungen aus unserer Sicht sehr gut vorbereitet.

Diese geopolitischen globalen Herausforderungen, der Konflikt in der Ukraine, in Israel, die Inflation, Teuerung, hohe Energiepreise, steigende Mieten, Krankenkassenprämien haben aber selbstverständlich je nachdem dann auch Auswirkungen auf unseren Staatshaushalt im 2024. Wie aber bereits erwähnt, sehen wir, dass der Kanton auf diese Herausforderungen gut vorbereitet ist und auch entsprechende Verlautbarungen des Regierungsrates, Sie lesen das regelmässig in Bulletins, wenn es darum geht, auch allfällige Mehrbelastungen für die Haushalte abzufedern, sind nicht zuletzt aufgrund der guten Finanzlage des Kantons weiterhin möglich.

Die Finanzkommission hat für das Budget 2024 diverse Kostentreiber festgestellt. Ein Kostentreiber ist der Teuerungsausgleich für die Anpassung von Löhnen des Staatspersonals und von Staatsbeiträgen. Dieser Teuerungsausgleich wird nun, ich habe es bereits erwähnt, etwas tiefer ausfallen. Denn weicht die Teuerung per Ende November des Jahres von den im Budget angenommenen 2,8 Prozent ab, wird ein Änderungsantrag notwendig, welcher direkt dann an der Budgetdebatte, also sprich heute, via dem Präsidenten der Finanzkommission gestellt wird. Sie haben diesen, meine ich, auch auf Ihrem Tisch ausgelegt bekommen.

Gemäss dem Schreiben des Statistischen Amtes von Anfang Dezember beträgt die November-Jahresteuern im Kanton Basel-Stadt 1,2 Prozent. Diese Zahl ist massgebend für die teuerungsbedingte Lohnerhöhung in der kantonalen Verwaltung per 1. Januar 2024. Das regierungsrätliche Budget, ich habe es erwähnt, wurde mit einer Teuerungsannahme von 2,8 Prozent erwähnt. Auf dieser Basis wurde in der Dienststelle Allgemeine Verwaltung bei einem Personalaufwand eine teuerungsbedingte Steigerung von 44,8 Millionen Franken budgetiert. Das ist sowohl für Personal wie eben auch die entsprechenden Staatsbeiträge. Aufgrund der definitiven Teuerung ergibt sich hierbei eine Verminderung um 25,6 Millionen Franken auf 19,2 Millionen Franken.

Einen weiteren nachträglichen Einfluss auf das Budget hat die Finanzierung der Restkosten bei den Pflegeheimen. Der Kanton muss gemäss Bundesgesetz dafür sorgen, dass die Finanzierungsmethode zur Finanzierung der Restkosten so festgelegt wird, dass die bundesrechtlichen Vorgaben eingehalten werden. Der Rahmenvertrag mit den Pflegeheimen sieht für 2024 einen Teuerungsausgleich von 3,9 Millionen Franken vor. Da der Teuerungsausgleich bei den Pflegeheimen unter den Staatsbeiträgen noch nicht berücksichtigt war, ergibt sich hier also eine zusätzliche Belastung in Höhe von 3,9 Millionen Franken. Entsprechend wird sich das Budget inklusive im Nachtrag der Finanzkommission in Bezug auf den Ratschlag zur Quartierarbeit, ich komme auch darauf später noch einmal zu sprechen, noch einmal verbessern und wir unterbreiten Ihnen heute einen Änderungsantrag in Höhe von 21,7 Millionen Franken. Das hat zur Folge, und das ist ja sehr erfreulich, dass der Kanton Basel-Stadt nun für das Jahr 2024 von einem Überschuss von 73,8 Millionen Franken ausgeht.

Ein zweiter Kostentreiber für das Budgetjahr 2024 ist das Globalbudget Öffentlicher Verkehr. Dieser Anstieg im Globalbudget ÖV von 21 Millionen Franken ist insbesondere auf die Energiepreisentwicklung, höhere Abschreibungen und Zinsen und die



Umstellung auf Elektrobusse zurückzuführen. Ein dritter Kostentreiber sind die Gesundheitskosten in der stationären Spitalversorgung. So steigen die Kosten dort im Vergleich zum Vorjahresbudget um 3,9 Prozent auf 320 Millionen Franken.

Die Finanzkommission hat darüber hinaus sich auch mit weiteren Themen befasst. In Bezug auf die Ausschüttungen der Schweizerischen Nationalbank SNB kann festgehalten werden, dass Basel-Stadt seit je nur konservativ auf der Ertragsseite die Einnahmen budgetiert. Hier bleibt die Entwicklung unsicher. Im Rechnungsjahr 2023, das haben Sie vielleicht auch schon mitbekommen, Relevanz hierbei hat jeweils das Resultat der Nationalbank des Vorjahres, werden beispielsweise keine Gewinne an den Kanton ausgeschüttet. Bisher ging unser Kanton immer von einer mittleren Gewinnausschüttung von 46 Millionen Franken aus, hat das auch entsprechend budgetiert, und so bleibt es auch in diesem nun vorliegenden Budget. Klar ist, diese Gewinne präziser zu budgetieren, erst recht zu einem frühen Zeitpunkt des Jahres, ist nicht einfach. Hier können dann auch entsprechend weltpolitische Ereignisse oder andere Dinge einen sehr grossen Einfluss haben. Der Finanzkommission scheint es aber sehr korrekt zu sein, dass man von dieser mittleren Gewinnausschüttung jeweils ausgeht, wenn man das Budget für das Folgejahr plant.

Bei den Einnahmen wird bei den Steuereinnahmen nun im 2024 deutlich positiver budgetiert und somit liegen die Berechnungen dort wohl auch jetzt deutlicher bei der Realität dann zum jeweiligen Rechnungsergebnis. So wurde seitens des Regierungsrates festgestellt, dass im letzten bereits vorliegenden Rechnungsjahr 2022 die Steuereinnahmen deutlich über dem Budget lagen und entsprechend hat die Regierung nun die Steuereinnahmen um rund 80 Millionen Franken höher eingestellt. Davon entfallen 40 Millionen Franken auf die Einkommensteuer, 30 Millionen auf die Kapitalsteuer und 10 Millionen auf den Anteil der direkten Bundessteuer.

Berücksichtigt werden im Budget 2024 auch einmalige Steuereinnahmen aufgrund der OECD-Steuerreform. Diese Reform hat einen einmaligen Anreiz für Unternehmen, nun stille Reserven aufzulösen und zum noch geltenden tieferen Steuersatz zu versteuern. Ob und in welchem Ausmass dies tatsächlich geschehen wird, ist derzeit noch ungewiss. Sie kennen ja auch diese insgesamt Diskussionen über die tatsächliche Einführung dieser OECD-Steuerreform. Im Budget 2024 sind als grobe Schätzung einmalige Mehrerträge von 50 Millionen Franken berücksichtigt. Weitere Auswirkungen auf das Budget 2024 hat die OECD-Steuerreform derzeit noch nicht. Das ist generell zurzeit auch sehr schwierig abzuschätzen.

Weiter ansteigen werden auch die geplanten Investitionen des Kantons. Diese belaufen sich im Budgetjahr 2024 auf Netto 427 Millionen Franken. Das sind 7 Millionen mehr als im letzten Jahr. Als Grossprojekte besonders hervorzuheben sind hierbei die Sanierung der kommunalen Abwasserreinigung ARA Basel sowie der Neubau für das Naturhistorische Museum und das Staatsarchiv, das Bussystem 2027 mit der Beschaffung von Elektrobusen und der Umbau der BVB Garage Rank. Das Investitionsvolumen kann der Kanton zu 69 Prozent selbst finanzieren. Weitere grosse Investitionsvorhaben zeichnen sich in den folgenden Jahren ab, so dass die Investitionen im Jahr 2027 wohl Netto 627 Millionen Franken erreichen dürften. Die Finanzkommission gibt an dieser Stelle ihrer steten Hoffnung Ausdruck, dass der Kostenrahmen, nicht nur der Zeitrahmen, auch der Kostenrahmen insbesondere bei Grossprojekten eingehalten wird.

Die Nettoschuldenquote verbleibt mit 0,1 Promille deutlich unter der Vorgabe der Schuldenbremse von 6,5 Promille. Sie steigt allerdings bis ins Jahr 2027 auf 1,3 Promille, wobei der Kanton weiterhin auf soliden Füßen steht und notwendige Investitionen getätigt werden können. Sinkend sind erfreulicherweise die Sozialausgaben, diese sinken um 21 Millionen Franken, also Netto um 2,8 Prozent auf knapp 756 Millionen Franken.

Neben diesen generellen Facts und Features hat die Finanzkommission auch einige Punkte zur generellen Lage des Kantons, die wir nun an dieser Stelle gerne hervorheben und erwähnen möchten.

Die Finanzlage und das Steuerpaket. Die gute Finanzlage des Kantons, Sie wissen das, hat in den letzten 15 Jahren zu jeweils hohen, teilweise sehr hohen Überschüssen geführt, währenddem gleichzeitig Schulden abgebaut werden konnten. Entsprechend hat das Parlament mit der Überweisung verschiedener Vorstösse entschieden, dass finanzieller Handlungsspielraum für ein neues Steuerpaket besteht und in der Folge hat der Grosse Rat dann auch ein solches Paket beschlossen, welches einerseits steuerliche Entlastungen vorsieht und andererseits auch Abzugsmöglichkeiten erhöht. In Kombination mit den bereits im Jahr 2017 beschlossen und nun vollständig umgesetzten Entlastungsmassnahmen des kantonalen Steuerpakets zur SV 17 werden Mindereinnahmen von knapp 120 Millionen Franken erwartet.

Die Finanzkommission kann nun aber festhalten, dass obschon diese Massnahme nun allesamt für das Steuerjahr oder für das Budgetjahr, wie man das auch immer nennen möchte, 2024 umgesetzt werden, weiterhin von strukturellen, nachhaltigen Steuereinnahmen ausgegangen werden darf, nicht zuletzt auch aufgrund der weiterhin guten wirtschaftlichen Aussichten unseres Kantons. Diese Prognose ist aus Sicht der Finanzkommission sehr erfreulich und unterstreicht die positive Finanzentwicklung, welche die vom Parlament geforderten Entlastungsmassnahmen und Pakete möglich gemacht hat, ohne das Finanzergebnis des Kantons zu verschlechtern. Das ist doch eine sehr erfreuliche und positive Nachricht.

Der Finanzausgleich. Anlässlich der Budgetberatung hat sich die Finanzkommission mit dem Regierungsrat auch zum nationalen Finanzausgleich NFA ausgetauscht. Die entsprechenden Abgaben des Kantons Basel-Stadt werden in kommenden Jahren weiter ansteigen, was Auswirkungen auf das Budget des Kantons haben wird. Nachdem im Jahr 2023 182 Millionen Franken budgetiert waren, steigt die Zahl im Budget 2024 nun auf 198 Millionen Franken. In den Folgejahren wird teilweise ein Anstieg des Aufwandes auf bis zu 218 Millionen Franken erwartet. Die Finanzkommission hat sich



angesichts dieser doch sehr hohen NFA-Zahlungen vom Regierungsrat informieren lassen, wie der entsprechende Berechnungs-Meccano funktioniert und wie dieser möglichst exakt auch in die Budgetplanung einfließen kann. Ich muss Ihnen ehrlicherweise nun gestehen, das Ganze ist eine etwas schwierige Wissenschaft und ich bitte Sie auch, dass Sie mir keine konkreten Fragen zum Berechnungsmechanismus stellen. Das könnte dann allenfalls die Finanzdirektorin Ihnen viel besser erklären, wie dieser Berechnungsmechanismus funktioniert.

Grob skizziert kann man sagen, dass die NFA-Zahlungen vom Steuerpotenzial eines Kantons abhängen, also nicht von den Steuereinnahmen, und die Basis ist die Berechnungsgrundlage des NFA-Ressourcenausgleichs und dieser sogenannte Ressourcenausgleich basiert auf dem sogenannten Ressourcenpotential der jeweiligen Kantone. Kantone, die einen tiefen sogenannten Ressourcenindex unter 100 haben, gelten als ressourcenschwach und sind sogenannte Nehmerkantone. Die über 100 sind dann sogenannte Geberkantone, was auf den Kanton Basel-Stadt entsprechend zutrifft.

Wichtig ist vielleicht auch noch dabei zu erwähnen, dass die NFA-Zahlungen jeweils auf Steuerdaten von vergangenen Jahren basieren. Gute respektive schlechte Jahre eines Kantons wirken sich verzögert auf dessen NFA-Zahlungen aus. Wir haben das entsprechend so auch zur Kenntnis genommen. Wichtig ist dabei auch noch vielleicht zu erwähnen, dass die Auszahlungen an die Nehmerkantone zu 60 Prozent vom Bund und zu 40 Prozent von den Geberkantonen finanziert werden, also auch der Bund ist hier sehr stark in der Verantwortung.

Wir können festhalten, dass die solide Finanzlage unseres Kantons dazu führt, dass die NFA-Zahlungen von Basel-Stadt als sogenannter Geberkanton stetig zunehmen, was verdeutlicht, dass es Basel-Stadt finanziell auch sehr gut geht und dieser Umstand darf dann aus unserer Sicht in der öffentlichen Diskussion über gerechtfertigte Zahlungen in diesen Ressourcenausgleich auch durchaus Beachtung finden, denn es zeigt sich damit auch, je besser es uns geht, je mehr müssen oder dürfen wir auch entsprechend in diesen Topf einbezahlen.

Etwas Sorgen bereitet der Finanzkommission die aktuelle Zinsentwicklung und die damit verbundenen finanziellen Risiken für den Kanton. Der Zinsaufwand wird in den kommenden Jahren vermutlich ansteigen und dieser Anstieg hat selbstverständlich auch dann negative Effekte auf die Bewertungen und belastet entsprechend unser Budget. Zudem wird mit einem steigenden Zinsaufwand für die Schulden gerechnet, 14,6 Millionen Franken im Budgetjahr 2024, und die Refinanzierung der auslaufenden Anleihen wird zu höheren Zinssätzen erfolgen. Die Zinssätze für die Schulden lagen 2022 bei 0 Prozent, im 2023 schon bei 0,4 und sie steigen aktuell immer noch an, sie sind aktuell bei rund 1,7 Prozent und damit relativ hoch. Wir sprechen hier natürlich jetzt von einer Diskussionsgrundlage, als wir dieses Budget dann auch besprochen haben, also sprich im Herbst dieses Jahres. Damit steigen auch die durchschnittlichen Zinssätze für den Kanton und bei der Prognose dieser Angaben und dieser Entwicklungen werden jeweils die Zahlen des Bundes übernommen.

Diese Problematik der Zinsentwicklung führt dazu, dass im Budgetjahr 2024 nun mit einer Belastung in Höhe von 23 Millionen Franken gerechnet wird, das ist also ein deutliches Plus. Im 2022, im Rechnungsjahr lag dieser noch bei 4 Millionen Franken. Die kommenden Jahre werden diese Belastung vermutlich also noch deutlich ansteigen lassen und werden Einfluss auf den Rechnungsabschluss des Kantons haben. Für die kommenden Jahre kann die entsprechende Belastung auf der Aufwandseite auf bis zu 65 Millionen Franken ansteigen, was doch beträchtlich ist. Wir konnten uns aber von der Regierung versichern lassen, dass die Zinsentwicklung ein Risiko im kantonalen Risikomanagement ist und entsprechend auch regelmässig neu bewertet und beurteilt wird. Wir nehmen von diesen Ausführungen Kenntnis, wir halten fest, dass die Entwicklung des Zinsaufwandes für das Budget des Kantons eine entsprechend relevante Grösse sein kann und der Pfad der Bruttoschulden berücksichtigt werden muss. Entsprechend ist der Weg einer möglichst zurückhaltenden Ausgaben-, Steuer- und Schuldenpolitik beizubehalten.

Zum Fachkräftemangel. Wie auch schon im letzten Bericht wollten wir als Finanzkommission Informationen zu den Auswirkungen des Fachkräftemangels auf die Departemente erhalten. Wir interessierten uns insbesondere dafür, inwiefern die vom Kanton ergriffenen Massnahmen zur Bekämpfung des Fachkräftemangels und zur Steigerung der Attraktivität des Kantons als Arbeitgeber sich im Budget 2024 abbilden. Wir wollten weiter wissen, was allfällige Resultate der von der Regierung eingesetzten Arbeitsgruppe, sie heisst RRDel Personal, bereits für Auswirkungen auf das Budget 2024 haben und inwiefern der Zentrale Personaldienst, also HR BS, ein Überblick hat, wo und welche Qualifikationen in der Verwaltung fehlen.

Die Regierung liess sich dazu entsprechend auch in unserem Bericht im Detail vernehmen und ich verweise auf die entsprechende Stellungnahme. Die Regierung hielt aber auch fest, dass es noch zu früh wäre, dem Parlament einen umfassenden und abschliessenden Massnahmenkatalog vorzulegen. Zur Konkretisierung der Gesamtstrategie seien vertiefte Analysen notwendig und darauf dann aufbauend, tragfähige und nachhaltige Lösungen zu erarbeiten. Es wurden entsprechende Projektaufträge erteilt, wobei es derzeit noch nicht möglich ist, allfällige Kostenfolgen auszuweisen. Die Finanzkommission nimmt auch von diesen Ausführungen Kenntnis. Wir unterstützen den Regierungsrat im Bestreben, allfällige Massnahmen möglichst zielgerichtet anzugehen und im Sinne eines umfassenden Ansatzes, bei welchem auch die Heterogenität der Berufsbilder des Kantons und die demografische Struktur, wir kommen später noch dazu, der Berufsbilder des Kantons berücksichtigt wird. Die Finanzkommission bestärkt den Regierungsrat in diesen Bemühungen deshalb ausdrücklich.



Und wo wir gerade beim Personal sind, weiter zunehmend ist auch die Entwicklung der Beschäftigtenzahl beim Kanton. Für das Jahr 2024 sind 9'730 Vollzeitstellen budgetiert, was einer Zunahme von knapp 215 Vollzeitstellen im Vergleich zum Budget 2023 entspricht. So steigt der Headcount im Erziehungsdepartement um 113,8 Vollzeitstellen, hier insbesondere für die verstärkten Massnahmen und die Weiterentwicklung zur integrativen Schule, aber auch aufgrund der steigenden Schülerinnen- und Schülerzahlen. Beim Justiz- und Sicherheitsdepartement ist eine Zunahme von knapp 52 Vollzeitstellen budgetiert. Hier trägt hauptsächlich die geplante Neuorganisation des Justizvollzugs und ein zusätzliches 24-Studententeam bei der Sanität Basel zum Anstieg bei. Beim Bau- und Verkehrsdepartement und beim Finanzdepartement steigt der Headcount um 34,7 respektive um 18,6 Vollzeitstellen, beim Präsidentialdepartement um 13,2 Vollzeitstellen und bei den Gerichten ist ein Anstieg um 5,9 Vollzeitstellen budgetiert. Im Gesundheitsdepartement und dem WSU nimmt der Headcount hingegen ab. Beim GD ist dies insbesondere begründet mit der nun Nichtverlängerung befristeter Stellen zur Bewältigung der Covid-19-Pandemie und beim WSU hauptsächlich wegen der Abnahme von Zahlfällen in der Sozialhilfe.

Unter Berücksichtigung aller Umstände und Effekte, welche in direktem und/oder indirektem Einfluss des Kantons stehen, kann die Finanzkommission die Finanzlage des Kantons als weiterhin solide einstufen. Ich möchte nun gerne noch einige Bemerkungen zu den Departementen machen, um mich dann in der Detailberatung möglichst kurz halten zu können.

Wir kommen zum jetzt derzeit verwaisten Präsidentialdepartement. Ich bin überzeugt, dass der Regierungsrat in seiner Gesamtheit die Ausführungen trotzdem entsprechend zur Kenntnis nimmt, auch wenn wir derzeit keinen eigentlichen Vorsteher des Präsidentialdepartementes haben. Wir liessen uns als Finanzkommission über die Situation bei der Kaserne informieren. Dort gibt es bekanntlich unterschiedliche Zuständigkeiten, was die Flächen und Flächenbewirtschaftung angeht. Sie kennen diese Diskussion, ein Teil der Flächen wird durch die Eigentümerin Immobilien Basel-Stadt und ein anderer Teil dann durch die Kantons- und Stadtentwicklung, die im Präsidentialdepartement angesiedelt ist, verwaltet respektive vermietet.

Die Flächen, die während dem politischen Prozess vorab vergeben wurden, umfassen unter anderem die Kulturwerkstatt Kaserne und andere Mieter. Ebenso wurden vorab die Flächen für die Gastronomie definiert. Eine Bar und ein Kaffee konnten Betreibern übergeben werden, die sind ja auch entsprechend bereits in Betrieb, für die Restaurantfläche konnte hingegen in einem ersten Anlauf kein Pächter gefunden werden. Deshalb musste eine Neubeurteilung der Situation durchgeführt werden und es wurde in der Regierung entschieden, dass der Kanton den Innenausbau für diese Restaurantfläche übernehmen wird. Diese Fläche wurde dann erneut ausgeschrieben und im November 2022 erhielt ein Betreiber den Zuschlag für diesen geplanten Innenausbau. Das PD wird dem Grossen Rat demnächst einen Ratschlag vorlegen, welcher dann hier im Parlament zu beraten ist.

Bei der durch die Kantons- und Stadtentwicklung bewirtschaftete Fläche gab es eine Ausschreibung. Diese Ausschreibung wurde von der kHaus AG gewonnen. Die kHaus AG ist die Betreiberin dieser Flächen. Es handelt sich dabei vor allem um Sitzungs- und Büroräumlichkeiten und den Veranstaltungssaal, welche allesamt durch diese AG untervermietet werden. Nun zeigt sich, dass das bisherige Modell, Räumlichkeiten als Co-Working-Flächen zu vermieten, nicht ausreichend nachgefragt wird und deshalb sollen nun fixe Mietflächen geschaffen werden und die zu tiefen Mieterträge aufgrund des Leerstandes derzeit wirken sich insgesamt negativ aus. Deshalb hat die Kantons- und Stadtentwicklung Massnahmen bei der kHaus AG angemahnt, damit sich die Ertragslage verbessert. Hierbei sind Ideen wie beispielsweise eine Staffelmiete oder ein befristeter Mietzinserslass angedacht. So würde momentan eine Entlastung stattfinden. Man hofft, dass sich dadurch die Lage der kHaus AG verbessert. Die Finanzkommission nimmt diese Ausführungen des Präsidentialdepartements so zur Kenntnis. Wir werden diese Situation weiter kritisch verfolgen und uns sicherlich auch zu einem späteren Zeitpunkt dann wieder informieren lassen.

Zum Bau- und Verkehrsdepartement. Sie kennen die Geschichte, es ist ja kein Einzelfall, dass es in der Vergangenheit bei Grossprojekten gehäuft zu Mehrkosten kam, zu zeitlichen Verzögerungen und die Finanzkommission wollte deshalb am Beispiel der Sanierung des alten Baus des Kunstmuseums, also dem Bau, der nicht neu eröffnet wurde, die Learnings vorgestellt erhalten mit Blick auf das sogenannte Dreirollenmodell. So hat auch das BVD im Projektmanagement den Bedarf für eine grundlegende Überprüfung erkannt. Der Prozess der Überprüfung des Dreirollenmodells ist derzeit noch am Laufen, weshalb er auch verständlicherweise noch nicht final präsentierbar ist.

Ein zentrales und erstes Learning sei aber, so die Vorsteherin des Departements, Regierungsrätin Esther Keller, dass die Bestellung möglichst abschliessend vorliegen müsse, wenn man ein solches Projekt angeht, und Anpassungen seien nach dem Start des Projektes nicht mehr zielführend. Ein zweites wesentliches Learning betreffe die Phase der Beschaffung, auch dort wird es vermutlich dann Anpassungen in der Projektierung oder im Management geben. Dennoch ist auch klar, und das scheint mir und der Finanzkommission auch sehr verständlich zu sein, dass jedes Bauprojekt des Kantons letztlich wieder etwas anders gelagert ist und so kann auch ein Bauprojekt, wie jetzt dasjenige der Sanierung des alten Baus des Kunstmuseums oder des alten Teils des Kunstmuseums, nicht mit einem Neubau eines Laborgebäudes oder mit dem Wohnungsbau verglichen werden. Wir begrüssen, dass Massnahmen zur Verbesserung der Situation ergriffen wurden und wir erwarten freudig die weitere Berichterstattung dazu.

Auch dieser Bericht wieder und die in den vergangenen Wochen bekannt gewordene Verteuerung des Projekts der Sanität Basel am neuen zweiten Standort und der Sanierung am Haupt- oder am ersten Standort verdeutlichen, dass hierfür eine



Notwendigkeit besteht, dass es Anpassungen am Dreirollenmodell geben muss. Bauen ist komplex und anspruchsvoll, darüber sind wir uns wohl alle einig, aber es sollte dennoch möglich werden, dass sich hier in Bezug auf Kosten und Zeitrahmen die Situation baldmöglichst deutlich verbessert und der Kanton hier auch präziser wird. Hier schliesst sich die Finanzkommission sicher auch den damaligen Empfehlungen der PUK Biozentrum an.

Zum Erziehungsdepartement, das fliegend übergeht zum Finanzdepartement. Die Finanzkommission setzte sich auch mit der IT des Erziehungsdepartements auseinander, nachdem es dort zu einem gravierenden Sicherheitsvorfall mit Datendiebstahl gekommen war. Sie haben davon sicherlich in den Medien und den entsprechenden Meldungen des ED auch lesen können. Unabhängig von diesem Vorfall befasst sich die IT des ED zurzeit mit mehreren Projekten zur Datensicherheit. Zu den aktuell 57,7 Stellen wurden deshalb nun vier zusätzliche Stellen budgetiert. Den ordentlichen IT-Betriebsaufgaben und den Sicherheitsarbeiten stehen zurzeit ca. 70 Projekte gegenüber, wovon ein Teil dieser Projekte sich mit der Sicherheit in der ED-IT befasst.

Gegenüber anderen Departementen, und das ist vielleicht etwas speziell, zeichnet sich die IT im ED dadurch aus, dass es für die Schulen mit eduBS einen eigenen Bildungsserver gibt. Eine grosse Herausforderung ist dabei, die vielen verschiedenen Bedürfnisse der Schulen abzudecken und gleichzeitig die Qualität und Sicherheit zu garantieren. Ungünstig scheint in diesem Zusammenhang, dass sehr viele verschiedene Systeme genutzt werden und die IT insgesamt kaum vereinheitlicht ist.

Auf Nachfrage bestätigte uns das ED, dass eine IT-Schutzstrategie besteht und die Vorschriften der IT BS, also des Zentralen Informatikdienstes auch für das ED gelten. Jedoch könnten die Vorschriften nicht in allen Fällen eingehalten werden, so sei es für Primarschüler nicht möglich, eine Zwei-Faktor-Authentifizierung auf den Geräten einzuführen und auch bei den Poolgeräten sei eine Individualisierung nicht möglich, was natürlich ein durchaus problematisches Sicherheitsrisiko darstellen kann. Da es mehr Projekte als verfügbares Personal sind, würde die Finanzkommission deshalb eine Priorisierung der Projekte nach Notwendigkeit und Risiko als ein Multiprojektmanagement begrüssen. Damit können die Aufgaben und Ressourcen optimaler aufeinander abgestimmt werden.

Die Finanzkommission stellt weiter fest, dass das ED den Handlungsbedarf erkannt hat. Wir halten aber auch fest, dass Sicherheitsthemen der vorliegenden Tragweite nicht per se mit neuen Stellen gelöst werden können. Wir haben denn auch nicht den Eindruck gewinnen können, dass gegenwärtig davon gesprochen werden kann, dass hohe Sicherheitsstandards bestehen und gewährleistet werden können. Entsprechend geben wir unserer Erwartung Ausdruck, dass alle notwendigen Massnahmen getroffen werden, um den Schutz sensibler Daten rasch zu gewährleisten. Und diese Erwartungshaltung, und deshalb ist hier auch das Finanzdepartement angesprochen, sehen wir als departementsübergreifende Anforderung.

Zum Gesundheitsdepartement. Bereits einleitend aufgegriffen haben wir beim GD die Kostenentwicklung bei der stationären Spitalversorgung. Diese steigt im Vergleich zum Vorjahresbudget, wie gesagt, um 3,9 Prozent auf 320 Millionen Franken. Das Budget reflektiert den Trend der offensichtlich über den Wachstumspfad anwachsenden Gesundheitskosten in der stationären Spitalversorgung wohl nur ungenügend. Insgesamt stellt dieser Bereich also der aktuell grösste Kostentreiber dar, was sich mit Sicherheit dann auch in der Rechnung 2024 niederschlagen wird.

Zum JSD. Schon länger muss sich die Finanzkommission mit der sogenannten Zwei-Zentralen-Strategie und der Sanierung des Spiegelhofs beschäftigen. In der Jahresrechnung 2022 des Kantons wurde seitens Regierungsrat noch festgehalten, dass die Bauarbeiten für den Neubau der Einsatzzentrale per Ende 2023 und die Sanierungsarbeiten Ende 2025 abgeschlossen sein sollten. Nun soll aber gemäss Budgetbericht des Regierungsrates der Neubau der Einsatzzentrale erst im Herbst 2024 abgeschlossen sein. Eine weitere Verzögerung von fast einem Jahr. Dies wird unter anderem mit einem Verfahrensabbruch einer Ausschreibung aufgrund unwirtschaftlicher Unternehmerangebote und der aufwändigen statischen Ertüchtigungsmassnahmen begründet. Die Sanierung der Bestandsbauten soll im Frühjahr 2025 abgeschlossen sein. Wie die Finanzkommission vernehmen musste, startet die Sanierung des Bestandsbaus an der Spiegelgasse erst im Anschluss an den Umzug beziehungsweise die Inbetriebnahme der neuen Einsatzzentrale im Frühjahr 2025 und dauert bis ca. Frühjahr 2026.

Die Finanzkommission stellt deshalb fest, dass die Erneuerung des Spiegelhofs inklusive der Einsatzzentrale am Ende wohl gegen 100 Millionen Franken kosten wird. Dies ist eine Verdoppelung der ursprünglich bewilligten Investitionen. Gemäss Auskunft vom JSD sind nach heutigem Kenntnisstand, dieser Kenntnisstand stammt vom Herbst 2023, keine weiteren zusätzlichen Kosten zu erwarten. Ich schaue jetzt nur bedingt in das Gesicht von Frau Regierungsrätin Stephanie Eymann. Parallel zum Standort Spiegelhof prüft das JSD in ihrer Standortstrategie eine Zentralisierung der Polizeistandorte in einem noch zu findenden Gebäude. Die Medien haben über diese Pläne zwischenzeitlich berichtet. Die Finanzkommission erwartet, dass bei der zukünftigen Standortstrategie die Investitionen bei der Kantonspolizei am Standort Spiegelhof finanziell mitberücksichtigt werden. Die getätigten Investitionen sollen bei zukünftigen Standortentscheiden nicht oder auch nicht nur teilweise obsolet werden.

Zum WSU. Am Hearing mit dem WSU liess sich die Finanzkommission über eine bei der KESB, dem ABES und dem im Erziehungsdepartement angesiedelten Kinder- und Jugenddienst KJD durchgeführten externen Evaluation informieren. Diese externe Analyse hielt verschiedene Handlungsfelder fest, benannte Optimierungspotential und Ressourcenbedarf.



Daraus folgend wurden im WSU Massnahmen ergriffen, auch weil die aktuelle Situation im Kindes- und Erwachsenenschutz gemäss Regierungsrat herausfordernd ist. So stellen steigende Gefährdungsmeldungen und Fallzahlen hohe Anforderungen an Effizienz und Prioritätensetzung. So hielt auch die GPK bereits in einem Bericht im Jahr 2022 fest, dass die Fallbelastung im ABES sinken müsse. Auf einem entsprechend im Jahr 2022 lancierten Projekt wurden nun konkrete Massnahmen eingeleitet, welche unter anderem im Budgetjahr 2024 umgesetzt werden sollen. Sie lesen über diese Massnahmen im Detail in unserem Bericht, auch was hierzu an zusätzlichen Stellen im Budgetjahr 2024 und noch folgend notwendig sein wird.

In Basel-Stadt gibt es seit gut fünf Jahren einen grossen Anstieg an zu betreuenden Mandaten beim ABES, was zu einer sehr hohen Anzahl von Fallführungen pro Vollzeitstelle führt. Wir stehen hier bei 96 Fallführungen pro Vollzeitstelle deutlich über anderen Städten wie beispielsweise Luzern 87, Bern und Winterthur 84, Zürich 68 oder St. Gallen 67. Um die Belastung der Fälle pro Vollzeitstelle also zu minimieren, sieht die externe Analyse Optimierungspotential vor. Auch diese detaillierten Ausführungen können Sie dem Bericht unserer Kommission entnehmen. Wir nehmen die Ausführungen zur Kenntnis und werden die weitere Umsetzung der vorgesehenen Massnahmen im Blick auf die Budgetrelevanz des Kantons im Auge behalten.

Und zum Schluss noch zu den Gerichten. Als Schwerpunkt des Hearings mit den Gerichten wurde seitens der Finanzkommission gefragt, was für Massnahmen greifen würden, um weniger Betreibungen und weniger Konkursöffnungen zu haben, da das Betreibungs- und Konkursamt jährlich rund 60'000 Zahlungsbefehle ausstellt und sich die Verlustscheine jährlich auf rund 30'000 belaufen. Betreffend die Zunahme der Konkursöffnungen von plus 25 Prozent vom Jahr 2020 zum Jahr 2022 ist eine weitere Zunahme zu erwarten. Die Anzahl der Betreibungen und der Konkurse, so der Gerichtsrat und auch das Betreibungs- und Konkursamt, sei konjunkturabhängig beziehungsweise hinken dieser jeweils leicht hinterher. Nimmt die Arbeitslosigkeit zu, steigen auch die Betreibungen. Auf die Einleitung der Betreibungen und Konkurse hat das Betreibungs- und Konkursamt keinen Einfluss. Prävention und Information sei aber selbstverständlich ein sehr wichtiger Aspekt und eine engere Zusammenarbeit mit privatrechtlichen Vereinen sei für das Jahr 2024 vorgesehen. Ich meine, Sie haben darüber auch schon in den Medien lesen können, wirkungsvolle Massnahmen zur Reduktion wären letztlich auch vom Bundesgesetzgeber vorgesehen. Hierzu gäbe es auf nationaler Ebene auch Bestrebungen, Änderungen im SchKG vorzunehmen. Das hat dann auch entsprechende Auswirkungen auf den Kanton Basel-Stadt.

Das Fazit für die Finanzkommission ist also klar, die See bleibt auch 2024 ruhig, die Herausforderungen nicht kleiner und die effektiven Auswirkungen einzelner Risiken jeweils schwer abschätzbar. Wir sehen aber nicht, dass der Kanton diese Risiken nicht im Blick hat. Wir bleiben handlungsfähig. Wichtig ist der Finanzkommission aber, dass weiterhin eine hohe Budgetdisziplin herrscht und dass der vorgeschriebene GAP-Prozess, die generelle Aufgabenüberprüfung, welcher baldmöglichst beschlossen sein sollte, weil dieser ja einmal pro Legislatur Pflicht ist, mit einer möglichst selbstkritischen Haltung in Bezug auf Aufgaben und staatlichem Handeln durchgeführt wird. Wir sind überzeugt, dass die Regierung das schafft.

Seitens des Regierungsrates wurden keine Budgetnachträge geltend gemacht, wohingegen die Finanzkommission, ich habe es eingangs erwähnt, einen Antrag aufgenommen hat. Zur Finanzierung einer geschäftsleitenden Fachperson in Teilzeit beim Verband Quartiertreffpunkte Basel beantragt die Bildungs- und Kulturkommission dem Grossen Rat eine Erhöhung des Beitrages um 32'000 Franken gegenüber dem Vorschlag des Regierungsrates. Es geht hier um diesen sogenannten Ratschlag Ausgangsbewilligung für Staatsbeiträge für 20 Trägerschaften der Quartierarbeit in den Jahren 2024 bis 2027. Etwas unschön ist, dass Sie diesen Ratschlag bereits gestern beraten haben. Ursprünglich war angedacht, dass das Budget vorher beraten wird. Das ist aus verständlichen bundesrätlichen Gründen und der Umstellung der Traktanden nicht möglich gewesen. Der Grossratspräsident hat aber gestern ja bereits angekündigt, dass dieser Nachtrag quasi dann morgen noch einmal kurz diskutiert wird.

Die Finanzkommission setzt den Antrag der Bildungs- und Kulturkommission im Budget 2024 um, ohne die Erhöhung inhaltlich zu bewerten. Das haben Sie vermutlich gestern in Ihren Voten bereits getan. Dieser Nachtrag hat zur Folge, dass sich der Transferaufwand um 32'000 Franken erhöht und das Budget um diesen Betrag entsprechend verschlechtert wird.

Mir bleibt nun zum Schluss im Namen der Finanzkommission allen Mitarbeitenden des Kantons und den ausgelagerten Betrieben, dem Regierungsrat und dem Gerichtsrat für die sehr gute Zusammenarbeit zu danken. Ein besonderer Dank geht dabei aber auch natürlich an meine Kommission, insbesondere an meine Vizepräsidentin Michela Seggiani, die mich auch durch dieses Jahr durch begleitet und unterstützt hat gemeinsam auch mit meinen anderen Kommissionskolleginnen und -kollegen, und ganz speziell geht auch ein Dank an unseren Kommissionssekretären Matthias Wiesinger, der uns jeweils immer zur Seite gestanden ist und auch diese nicht immer ganz einfache, weil auch komplizierte Koordination zwischen den einzelnen Departementen, zwischen dem Präsidenten der Finanzkommission und dann auch den Mitgliedern, wenn es darum geht, rechtzeitig Teilberichte abzuliefern, wunderbar koordiniert hat.

Ich beantrage Ihnen deshalb im Namen der Finanzkommission, dem Budget 2024 mit dem entsprechend Ihnen vorliegenden Änderungsantrag in Bezug auf diese dann knapp 20 Millionen betreffend Teuerung einstimmig zuzustimmen. Wir danken Ihnen, wenn Sie diesem Antrag möglichst geschlossen heute folgen würden.



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Oliver Bolliger. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

Oliver Bolliger (GAB): Herr Präsident der Finanzkommission, ich bin nicht sicher, ob ich Sie richtig verstanden habe, darum die Nachfrage. Der effektive Teuerungsausgleich auf die Löhne, der geleistet wird, also auch ausbezahlt wird, reduziert sich somit von 2,8 Prozent, das budgetiert worden ist, auf 1,2 Prozent. Habe ich Sie so richtig verstanden?

Joël Thüring (SVP): Besten Dank für diese Frage. Es ist richtig, das regierungsrätliche Budget wurde mit einer Teuerungsannahme von 2,8 Prozent erstellt, aber Basis ist jeweils die November-Jahresteuern, die bei 1,2 Prozent liegt und entsprechend ergibt sich daraus eine Verminderung des Budgets um 25,6 Millionen Franken. Das ist korrekt. Vielleicht kann dann aber auch Regierungsrätin Tanja Soland noch weiter dazu ausführen, weil ich ja nur kurz antworten sollte.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für die Kommission Bildungs- und Kulturkommission hat das Wort deren Präsidentin Franziska Roth.

Franziska Roth (SP): Um unser Zeitbudget, um meine Stimme zu schonen, fasse ich mich ganz kurz. Sowohl der budgetierte Ertrag wie auch der budgetierte Aufwand der Museen befindet sich im Rahmen der letzten Jahre. Es ist erfreulich, dass in allen fünf Museen die Provenienzforschung im nächsten Jahr ein grosses Gewicht haben wird. Da hat die Rahmenausgabenbewilligung, die der Grosse Rat gesprochen hat, viel bewirkt.

Nach den Hearings mit den einzelnen Museen konnte die BKK feststellen, dass alle gespannt auf die Umsetzung des revidierten Museumsgesetz warten, dies vor allem in Bezug auf das Mehrjahres-Globalbudget, aber auch auf die Vergütung der Schulklassenbesuche. Des Weiteren verweise ich auf den schriftlichen Mitbericht der BKK und bitte Sie, das Budget 2024 inklusive Wirkungs- und Leistungsziele für die Museen zu verabschieden.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für die Fraktion UVEK hat das Wort deren Präsident Raphael Fuhrer. Er verzichtet auf ein Votum. Somit hat das Wort Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich danke dem Präsidenten der Finanzkommission für das ausführliche und sorgfältige Votum. Da kann ich mich auf gewisse Schwerpunkte beschränken.

Sie haben gesehen und gehört, dass das Budget sich bereits verbessert hat und wir nun einen Überschuss von 74 Millionen haben. Um gleich den Schluss vorwegzunehmen, die Teuerung ist stark gesunken auf 1,2 Prozent. Sie war schon lange nicht mehr so tief, das konnten wir nicht wissen und daher verbessert sich das Budget um 22 Millionen. Das ist im Gesetz geregelt, das ist auch nicht ein Beschluss des Regierungsrates, der das so vorwegnimmt. Das ist bei uns im Gesetz geregelt, welche Teuerung, welcher Termin genommen wird, darüber kann man diskutieren. Wir haben am Anfang mit viel mehr gerechnet und jetzt ist diese gesunken und wir mussten daher den Entscheid so treffen, welcher die Finanzkommission jetzt so übernommen hat.

Das Budget ist solide, wir haben einen Überschuss. Es war ein schwieriges Budget mit den Steuersenkungen das erste Mal, aber wir haben dann festgestellt, dass die Steuereinnahmen daneben bereits gestiegen sind. Wir haben im Rechnungsjahr 2022 massiv höhere Steuereinnahmen gehabt und haben somit unseren Wachstumspfad, den wir bereits haben, wenn wir im Finanzplan die Steuern planen, nochmal um 80 Millionen erhöht auf das Budget 2024. Wir haben bei unserem normalen Wachstumspfad nochmal 80 Millionen darauf genommen.

Das haben wir so ausgeglichen, daher ist das Budget jetzt auch positiv. Das letzte Mal im Finanzplan war die Voraussicht ja noch ein Defizit, aber der Regierungsrat möchte Ihnen kein Defizit präsentieren und hat daher das Budget auch so gemacht, dass wir hier wieder einen Überschuss haben. Er sollte aber nicht mehr so hoch sein wie jetzt im 2023, das 2023 ist noch das Jahr ohne Steuersenkungen. Wir gehen davon aus, wie auch bei der letzten Hochrechnung, dass wir hier wieder einen sehr hohen Überschuss haben.

Daher haben wir auch die Investitionen nicht gesenkt. Sie sehen, der Plafond ist sehr hoch, mit 427 Millionen lassen wir das Investitionsniveau sehr hoch und werden das auch so nicht kürzen. Ich hoffe, wir werden das auch ausschöpfen können und selbstverständlich hoffe ich auch, wie der Finanzkommissionspräsident, dass wir nicht immer erhöhen müssen bei den



Bauten, aber im Moment ist das mit der Teuerung etwas schwierig, weil natürlich auch die Teuerung auf die Baukosten steigt.

Was ist noch speziell in diesem Budget? Ich habe Ihnen gesagt, das Steuerpaket, das erste Mal sieht man dort. Die NFA hat er auch schon ausgeführt, die Zahlungen in den nationalen Finanzausgleich steigen. Diese Verzögerung, das ist für uns immer etwas herausfordernd in der Budgetplanung, weil die Verzögerung immer etwas später kommt. Aber es ist mir wichtig zu sagen, dass der Kanton Basel-Stadt natürlich diese knapp 200 Millionen, das ist nicht irgendwie eine Strafe, sondern das ist eben sinnvoll und es ist wichtig aufzuzeigen, dass wir hier an der Solidarität der Kantone auch klar Teil haben und auch einen Beitrag leisten.

Bei den steigenden Zinsen, das wird sicher eine Herausforderung, ist aber auch im Moment noch nicht so schwierig. Wir werden das professionell begleiten. Der Zinsaufwand steigt, aber durch dass wir die Schulden der letzten Jahre etwas gesenkt haben, ist das auch noch nicht so hoch.

Die Gewinnausschüttung der SNB, das ist eine Kristallkugel. Man könnte alles budgetieren, man könnte auch null budgetieren, die sechsfache Ausschüttung. Wir haben uns jetzt einfach auf die dreifache geeinigt und werden das jetzt auch nicht jedes Mal anpassen. Es spielt bei uns nicht so eine Rolle, weil die Ausschüttung pro Kopf ist, das heisst, für Kantone mit einer höheren Bevölkerungszahl ist das viel ausschlaggebender als bei uns.

Von dem her geht der Regierungsrat davon aus, dass wir auch in Zukunft ausgeglichene Budgets haben werden und nicht, dass man jetzt im Finanzplan sieht, dass es dann im 2025/2026 und 2027 negativ wird. Wir haben vor, die Budgets ausgeglichen zu bringen. Im Moment sieht es so aus, wir haben nachhaltige und solide Finanzen. Es geht dem Kanton Basel-Stadt gut, wir müssen aber weiterhin sorgfältig planen und damit sorgfältig auch umgehen.

Es bleibt mir noch zu danken der Finanzkommission für die Prüfung des Budgets, für den sorgfältigen Bericht und die gute Zusammenarbeit.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für die Gerichte hat das Wort der Vorsitzende des Gerichtsrates. Er verzichtet. Somit kommen wir zu den Fraktionssprechenden. Erste Fraktionssprecherin für das GAB ist Patrizia Bernasconi.

Patrizia Bernasconi (GAB): Der Regierungsrat rechnete im 2024 mit einem Überschuss von 52 Millionen Franken, nun korrigiert auf 74 Millionen Franken. Die Nettoschulden steigen wegen einem hohen Investitionsvolumen, die Nettoschuldenquote bleibt jedoch auf einem tiefen Niveau. Mehrere Unsicherheiten sind vorhanden. Unklar ist, wann die OECD-Steuer eingeführt wird und unsicher ist auch die Gewinnausschüttung der Nationalbank. Es wird dagegen angenommen, dass die Steuersenkungen per 2024 bereits mit 80 Millionen Franken kompensiert werden.

Die zweite Hochrechnung 2023 erwartet per Ende Jahr einen Überschuss von 189 Millionen Franken. Budgetiert wurde ein Überschuss von lediglich 39 Millionen Franken. Es geht uns also gut. Trotzdem ist der Regierungsrat trotz Ausgabenwachstum immer noch auf Sparen fokussiert. Zum Beispiel bei der Quartierarbeit oder bei Organisationen der Kinder- und Jugendarbeit macht man auf Erbsenzählerei. Dabei sind diese Organisationen, die an der Basis mit der Bevölkerung arbeiten, äusserst wichtig für das Wohlbefinden und die Lebensqualität in unserer Stadt. Die Wirtschaftsförderung allein reicht dafür nicht. Gestern musste der Grosse Rat diesen Kurs korrigieren.

Auch werden Mehrausgaben in einen Verwaltungsbereich mit Sparen in einem anderen kompensiert, so zum Beispiel am Friedhof. Mehr Stellen für das Krematorium sind notwendig, dafür wird den für Trauernden so wichtigen Transport zum Hörnli gestrichen. Auch bei der Tramnetz-Erweiterung, über die wir schon seit vielen Jahren reden, wird gespart. Wir haben spätestens per Ende Jahr einen Bericht darüber erwartet. Dieser ist aber immer noch nicht da, wieder auf die lange Bank geschoben. Wir zweifeln, dass beim Mobilitätsamt genügend Ressourcen vorhanden sind. Sparen beim ÖV und Velo also, obwohl eine klimaschonende Mobilität so wichtig ist, und zuschauen, wie die BVB einen Kurs nach dem anderen fallen lassen, weil auch sie selber Schwierigkeiten haben, Personal zu rekrutieren. Für uns ist der Ausbau des ÖV ein zentrales Anliegen. Wir erwarten also mehr Unterstützung für die BVB und endlich einen ÖV-Ausbau.

Ein aktuelles Thema, das auch von der Finanzkommission behandelt wurde, ist die Kaserne. Eine Kaserne, die sich finanziell selbst trägt, bleibt ein Traum. Für die Gastronomiebranche ist es nach der Pandemie schwierig, wieder Fuss zu fassen. Dass der Kanton den Innenausbau für die letzte noch offene Fläche übernimmt, ist für uns nachvollziehbar und begrüßenswert. Schwieriger ist es für die Betreiberfirma, die die Räumlichkeiten weitervermietet. Wir unterstützen die Bemühungen des Regierungsrats, die Betreiberfirma vorerst zu entlasten. Trotzdem steht die Betreiberfirma nach wie vor massiv unter Druck. Von unserer Seite stellt sich deshalb die grundsätzliche Frage, wieso die Mietzinserwartung des Kantons nicht reduziert werden. Unsere Finanzen liessen dies ja zu.

Höhere Ausgaben verzeichnet das Polizei- und Justizdepartement. Mehrheitlich sind diese auf den Ersatz von Einsatzmaterial bei der Kantonalpolizei zurückzuführen. Es ist richtig, dass nicht mehr taugliches Material ersetzt wird. Seit gestern wissen wir genauer, um was es geht. Es werden Waffen ersetzt durch Waffen, die unter anderem alternierend



Gummigeschosse und Reizstoffe abschiessen können. Und wenn der Regierungsrat in einer Mitteilung versichert, dass der Einsatz dieser polizeilichen Zwangsmittel nur bei Notwehr und Notwehrhilfe und nur nach vorheriger Abmahnung benützt werden sollen, sind wir der Meinung, dass jetzt mehr in Richtung Deeskalation gearbeitet werden soll.

Gerade kürzlich wurde der Anzug von Fleur Weibel überwiesen, der der Deeskalation mehr Raum geben will. Die entsprechenden Massnahmen sollen transparent und nachvollziehbar sein. Eine technologische Ausrüstung, so wie jetzt geplant wird, ist auf keinem Fall in diesem Sinn. In diesem Zusammenhang ist die im Budget vorgesehene Prüfung von Drohnen und Bodycams für uns ein No-Go. Im letzten November wurde ein Anzug zur Einführung von Bodycams klar abgelehnt. Eine Einführung solcher Instrumente durch die Hintertür lehnen wir entschieden ab.

Sorge bereitet uns, dass bis auf die Arbeitsmarktzulage für die Rekrutierung von neuen Polizist*innen nicht besonders viel bis gar nichts vorliegt. Dies gilt grundsätzlich für die gesamte Fachkräftemangelproblematik. Wäre es vielleicht nicht eher Zeit für eine generelle Lohnerhöhungsrunde?

Wir können nicht jubeln, wenn wir lesen, dass die Kosten bei der Sozialhilfe sinken. Auch wenn Armut nicht sichtbar ist, heisst das nicht, dass Armut verschwunden ist. Wir wissen, dass viele Menschen anspruchsberechtigt wären, jedoch die Sozialhilfe nicht beantragen. Diesbezüglich hat das WSU eine Studie in Auftrag gegeben. Diese ist zum Schluss gekommen, dass von 2016 bis 2020 im Schnitt rund 4'200 anspruchsberechtigte Einwohner*innen keine Sozialhilfe bezogen haben. Damit liegt die Nicht-Bezugsquote der Sozialhilfe in der Stadt Basel bei rund 30 Prozent.

Das WSU hat Massnahmen in Aussicht gestellt, um die Nicht-Bezugsquote bei der Sozialleistung zu senken. Diese Massnahmen werden jedoch im Budgetbericht mit keinem Wort erwähnt. Bestimmt wird die Erweiterung von Mietzinsbeiträgen an Einzelpersonen mithelfen, dass diese Menschen, die keine Sozialhilfe beziehen, eine Entlastung erfahren. Die Verschärfung des Ausländer*innenrechts führt aber dazu, dass gemäss Studie mehr als die Hälfte der Anspruchsberechtigten die Sozialhilfe nicht beantragen aus Angst, ausgeschafft zu werden. Für diesen Teil der Bevölkerung sind gar keine Massnahmen vorgesehen.

Wir begrüssen ausdrücklich, dass hier Mittel für die Prämienvorbereitung vorgesehen sind und dass bei der Sozialhilfe höhere Mietzinsgrenzwerte festgelegt wurden. Die Erweiterung der Anspruchsberechtigten von Mietzinsbeiträgen ist ebenso willkommen. Störend ist aber, dass die zugrundeliegenden Entwicklungen, wie die steigenden Mietzinsen oder steigenden Energiekosten, als gottgegeben betrachtet werden. Der Markt wird gar nicht in Frage gestellt, im Gegenteil, es soll auf keinen Fall in den Markt eingegriffen werden.

Zum Schlusswort. Die Finanzen sind im Lot. Bald werden wir erfahren, ab wann die OECD-Steuern erhoben werden. Es bleibt aber noch viel zu tun, es fehlen Visionen. Gerade eine Klimastrategie und Massnahmen zum Klimaschutz brauchen viele Mittel. Wir werden uns deshalb einerseits gegen weitere Steuersenkungen und andererseits auch gegen Sparmassnahmen entschieden wehren. Wir lehnen also alle Änderungsanträge aus dem Kreis des Parlaments ab.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Die SVP-Fraktion hat das Budget ebenfalls zur Kenntnis genommen, wie jedes Jahr kritisch überprüft und wird auch in diesem Jahr Kürzungsanträge stellen. Wenn man das Ganze auf den ersten Blick sich anschaut, dann kann man durchaus das Positive hervorheben, 52 Millionen Franken Überschuss, dank der neuen Situation bezüglich der Teuerung sind es mittlerweile über 70 Millionen Überschuss. Wir haben nachhaltig höhere Steuereinnahmen von 80 Millionen und wir stehen trotzdem auf stabilen Füßen, auch wenn wir einen Anstieg der Nettoschuldenquote haben. Da die Rechnung immer etwas positiver in den letzten Jahren war als das Budget, kann man auch weiterhin über Steuersenkungen diskutieren. Das wird die SVP-Fraktion selbstverständlich anstreben. Wir werden uns nach wie vor dafür einsetzen, dass wir den Mittelstand entlasten können, welche durch höhere Krankenkassenprämien, Mieten und Stromkosten aktuell immer noch geschröpft wird.

Trotzdem muss man auch gewisse Punkte negativ anschauen und da haben wir gerade auf der Ausgabenseite alles andere als eine nachhaltige Finanzpolitik. Der Headcount steigt alleine im nächsten Jahr wieder um 215 Vollzeitstellen. Selbstverständlich gibt es Bereiche, in der gewisse Erhöhungen rational begründbar sind, im Bereich Sicherheit, Bildung, Gesundheit, das anerkennen wir auch und wir sind auch überall dagegen, aber es kann aus Sicht der SVP-Fraktion nun wirklich nicht sein, dass der Staat jedes Jahr uferlos wächst und wächst und wächst.

Als Baslerinnen und Basler müssten wir es eigentlich am besten wissen. Unser lokaler Fussballclub spielte Jahre lang Champions League, erzielte prima Resultate, konnte Reserven auf die Seite schaffen und der Apparat wuchs ständig. Das ist das sogenannte strukturelle Defizit, welches niemand kritisch hinterfragte. Das Ergebnis kennen wir alle, plötzlich blieben die Erfolge aus, plötzlich blieben die Einnahmen aus und man hatte weniger Einnahmen, als man dann schlussendlich Ausgaben hatte.



Sollte es eines Tages auch auf der Seite des Kantons auf der Einnahmenseite der Fall sein, dass Einnahmen wegbrechen, dann können wir auf der Ausgabenseite gar nicht mehr so viele Nice to Haves finanzieren. Deshalb müssen wir auch in diesem Bereich nachhaltige Lösungen finden, auch wenn wir aktuell noch mit schwarzen Zahlen argumentieren können. Regierungsrätin Tanja Soland hat gesagt, dass wir sorgfältig mit den Finanzen umgehen können und da muss auch die Ausgabenseite mitberücksichtigt werden.

Dabei geht es uns bewusst nicht um einseitiges pauschales Regierungs-Bashing, im Gegenteil, ich kann sehr häufig auch die finanzpolitischen Ausführungen von Regierungsrätin Tanja Soland nachvollziehen, aber es ist auch so, dass wir hier im Parlament phasenweise Gelder mit beiden Händen zum Fenster rauswerfen. Ich erinnere an einen Ratschlag von gestern, wo wir plötzlich aus dem nichts mehrere Staatsbeiträge einfach so mal erhöht haben entgegen der Beratung in der BKK und hier haben wir einfach die Auffassung, dass überall mehr Geld gegeben werden muss und dass überall mehr Geld die Lösung ist, und das ist alles andere als eine nachhaltige Finanzpolitik.

Aus diesem Grund wird auch die SVP in diesem Jahr Kürzungsanträge stellen und ich finde es dann immer wieder spannend, wenn dann wieder die Augen verdreht werden, wenn dann die SVP-Fraktion noch mit dem zehnten Kürzungsantrag kommt. Ich möchte schon noch darauf aufmerksam machen, dass es auf Bundesebene und in anderen Kantonen völlig Usus ist, dass man Budgets kritisch begutachtet, dass es auch zahlreiche Abänderungsanträge gibt und hier das Parlament auch seine Kompetenzen wahrnehmen sollte. Hier haben wir aber eine Situation, dass die Budgets teilweise völlig unkritisch abgesegnet werden. Wir haben zwar auch eine Finanzkommission, die ein paar gewisse kritische Punkte reinbringt, aber gekürzt wird nie irgendetwas und es kann mir wirklich niemand hier drin erklären, dass er diese stetige Steigerung des Headcounts von mehreren 100 Stellen pro Jahr einfach als eine gesunde und nachhaltige Finanzpolitik empfindet. Das kann es aus unserer Sicht nicht sein.

Ich möchte es nicht unterlassen, an dieser Stelle mich auch beim Parlamentsdienst und bei den zuständigen Personen im Finanzdepartement zu bedanken, dass sie immer sehr schnell unsere Kürzungsanträge auch bearbeiten und wie immer sehr schnell auch eine Antwort haben. Das funktioniert jedes Jahr sehr gut.

Ich möchte zwei Punkte noch hervorheben, welche mit diesem Jahr zusammenhängen beziehungsweise mit dem Bericht der Finanzkommission. Die Situation rund um die Kaserne, hier müssen wir langsam, aber sicher von einer Fehlplanung sprechen. Mieteinnahmen gehen verloren und das ist sicherlich nicht das, was wir damals im Volksentscheid der Bevölkerung verklickern wollten. Hier braucht es endlich gewisse Massnahmen, damit wir auch wirklich von einem erfolgreichen Projekt sprechen können, so wie es auch der Bevölkerung damals versprochen wurde.

Was uns auch sehr unter den Nägeln brennt, ist die Situation rund um die Wohnschutzkommission, da ist ebenfalls diese Umsetzung eine totale Katastrophe. Man wollte am Anfang einfache Lösungen finden sowohl für Vermieter und Mieter und jetzt hat man einfach die Situation, dass es derart kompliziert wird, irgendetwas zu investieren, dass bald gar kein Mensch mehr irgendwie Lust hat, irgendetwas zu investieren und das kann wirklich nicht im Sinne der Bevölkerung sein. Hier ersuche ich auch den Regierungsrat, hier gute Lösungen zu finden, damit auch diese Wohnschutzkommission ihren Auftrag gut erfüllen kann.

Zu den Kürzungsanträgen werde ich mich einzeln äussern bei den entsprechenden Stellen und ich bitte Sie, diesen Kürzungsanträgen dann später zuzustimmen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Fraktionsprecher für die FDP ist Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Nach der ersten Jahresrechnung geht es jetzt für mich um das erste Budget. Ich muss Ihnen sagen, ich habe mich immer noch nicht an diese vielen Seiten gewöhnt. 350 Seiten Bericht von der Regierung und auch wir haben in der Finanzkommission zusammen mit dem Mitbericht etwa 60 Seiten geschrieben. Das ist vielleicht auch der Grund, dass es so viel Material und Papier ist oder Seiten, dass gewisse Leute, Kollegin Patrizia Bernasconi, schon ganz einen anderen Eindruck von diesem Bericht bekommen hat. Ich hatte vorhin fast schon das Gefühl, wir sprechen hier von einem Sparsbudget, das wir hier heute debattieren. Ich glaube nicht, dass das der Fall ist.

Der Präsident hat schon viel gesagt, ich werde nicht stark auf alle diese Details eingehen. Der eingeschlagene Wachstumspfad geht weiter. Alles wächst in diesem Budget, die Stellen, die Ausgaben, die Einnahmen, die Digitalisierung spürt man noch nicht, wir hoffen, dass man sie dann bald spürt. Viele Projekte, vor allem in der IT, sind auch verzögert und/oder teuer. Neben dem Fachkräftemangel kommt jetzt auch noch die Inflation dazu. Mit der Inflation werden all die Millionen Nachtragskredite, die wir laufend in der Finanzkommission sprechen müssen, auch begründet. Dass man aufgrund von Kostensteigerungen auch einmal etwas weglassen kann, das steht bisher nicht zur Diskussion, leider. Wenn man sich die Entwicklung der Überschüsse und der Steuereinnahmen anschaut und auch wieder mit der heutigen Information, dass wir schon bei 73 Millionen Überschuss sind, dann fühlt sich die FDP darin bestätigt, dass es weiterhin Spielraum gibt für Einkommenssteuersenkungen.



Ich möchte noch auf zwei, drei Punkte eingehen. Die Personalkosten-Situation haben wir vorhin schon diskutiert. Wir sind jetzt mittlerweile dann bei den Personalkosten bei 1,5 Milliarden. Es sind bald 10'000 Vollstellen, wir haben 215 zusätzliche Stellen. Ein Teil der neuen Stellen, das müssen wir hier im Parlament auch sagen, liegt natürlich auch an dem, was wir hier täglich oder wöchentlich beschliessen. Wenn wir solche neuen Themen wie zum Beispiel die Einsamkeit als neues Thema aufnehmen, dann wird das in letzter Konsequenz auch zu einer neuen Fachstelle und zu einem ganzen Team führen, davon bin ich überzeugt.

Die Stellen im Erziehungsdepartement, da möchte ich noch kurz darauf eingehen. Wir diskutieren ja das dann auch später noch, aber ich habe mich da ein bisschen damit auseinandergesetzt. Der Nobelpreisträger Abhijit Banerjee hat dazu gesagt in seiner Untersuchung, was passiert, wenn zwei Lehrer im Klassenzimmer sind, und er kam zum Schluss, dass zwei Lehrer im Klassenzimmer eben nicht schlussendlich die Qualität verbessern. Ich glaube, das müssen wir in Zukunft auch noch einmal diskutieren.

Wir werden in den nächsten Jahren, nicht nur nächstes Jahr, auch weiter über die Baukosten diskutieren. Ein Punkt des Budgets ist der Spiegelhof mit der Einsatzzentrale. Wir haben ursprünglich 50 Millionen gesprochen, wir sind jetzt dann bald bei 100 Millionen und die Kantonspolizei ist schon auf der Suche nach einem neuen Standort. Ich frage mich, was dann mit dem Spiegelhof und den Investitionen passiert, wenn dann die Kantonspolizei umzieht.

Es sind aber nicht nur die Baukosten, die uns Sorgen machen, sondern auch die Betriebskosten. Wir haben das Thema beim Felix Platter-Spital und haben eine ähnliche Situation jetzt beim Kasernen-Hauptbau, den wir saniert haben. Im Abstimmungskampf wurde uns versichert, der Betrieb finanziere sich selber. es brauche nie staatliche Unterstützung. Mittlerweile wissen das alle und alle schreiben darüber, dass es nicht funktioniert. Wir wussten das da schon und ich hoffe, dass man in der Zukunft vielleicht auch mal auf uns hört, wenn wir solche kritischen Punkte in den Raum stellen.

Wir investieren sehr viel in unserem Kanton und planen noch viel mehr für die Zukunft. Das ist im Grundsatz gut und richtig. Der Präsident hat das vorhin gesagt, gewisse Wolken haben wir am Horizont. Ob sich die Wolken verdichten oder ob sich die Wolken nicht verdichten, ob wir langen blauen Himmel haben werden, darüber könnte man noch relativ lange streiten, aber wenn wir auf den Finanzplan schauen für die nächsten Jahre, da muss man sagen, spare in der Zeit, dann hast du in der Not.

Die Bruttoschulden steigen gemäss Finanzplan auf 5 Milliarden. Das ist deutlich mehr natürlich als unser gesamter Haushalt. Die FDP weist darauf schon seit Jahren hin, dass die Zinsbelastung problematisch sein kann. Wenn wir jetzt anschauen gemäss Finanzplan, das sind noch die alten Zahlen, gehen wir von 65 Millionen zu bezahlende Zinskosten im Jahr 2027 aus. Das sind sehr hohe Kosten jährlich, damit können wir ganze Schulhäuser bauen.

Die FDP unterstützt im Grundsatz die Genehmigung des Budgets und wird bei Kürzungsanträgen teilweise unterstützen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die SP ist Michela Seggiani.

Michela Seggiani (SP): Die finanzielle Lage des Kantons Basel-Stadt ist gut und wie auch in den letzten Jahren haben wir eine sichere und solide Ausgangslage, wir haben das bereits gehört. Dies dank der bedachten Budgetierung durch die Departemente und Gerichte und vor allem durch unsere Finanzdirektorin Tanja Soland, die ihren Job hervorragend macht und die SP-Fraktion dankt ihr dafür von Herzen.

Die Investitionen sind etwas höher als in den Vorjahren, nämlich 427 Millionen Franken. Die Eigenfinanzierung sinkt, das ist aber immer noch nach wie vor gut. Durch den negativen Bilanzierungssaldo steigen die Nettoschulden. Die Nettoschuldenquote ist mit 0,1 Promille, auch wenn sie durch das Investitionsvolumen gestiegen ist, aber nach wie vor tief.

Nur kurz etwas zu den Bruttoschulden. Ein reicher Kanton hat auch hohe Schulden. Wichtig ist vielmehr, dass der Kanton leistungsfähig ist und das ist er, also Basel geht es gut. Es geht uns so gut, dass wir 198 Millionen Franken an den nationalen Finanzausgleich, den NFA zahlen. Das ist ein Plus von 15,7 Millionen gegenüber dem Vorjahr. Im Vorjahr übrigens betrug die Steigerung zum damaligen Vorjahr 44 Millionen Franken. Dieser Ausgleich sorgt dafür, dass auch deutlich schwächere Kantone als Nehmerkantone von uns, also von den Einnahmen der Geberkantone, zu denen Basel-Stadt ja klar gehört, etwas haben. Das ist wichtig und auch richtig, denn Föderalismus und Demokratie sind tragende Prinzipien der Schweiz und sie sorgen dafür, dass die Schweiz als Ganzes leistungsfähig bleibt.

Was neben den NFA-Ausgaben ebenfalls Einfluss auf das Ausgabenwachstum hat, wie immer, ist der Anstieg des Headcounts auf 9'730,5 Stellen. Das sind fast 215 Stellen mehr als noch im letzten Jahr, also im 2023 budgetiert wurden.

Ich gehe jetzt kurz auf die einzelnen Departemente ein.

Beim Präsidialdepartement ist der Aufbau der Fachstelle Klima lobend hervorzuheben. Diese Stelle kümmert sich um Koordination und Information des Themas und wir begrüssen, dass rund um die Thematik Klima jetzt Nägel mit Köpfen gemacht wurden und auch werden und wir sind gespannt auf das geplante Kommunikationskonzept. Eine



interdepartementale Zusammenarbeit wird weiterhin wichtig und vermehrt anzustreben sein. Im Weiteren arbeitet für die Umsetzung der Initiative «Ja zum echten Wohnschutz», auch das haben wir vorhin gehört, die dafür eingesetzte Wohnschutzkommission. Hier sehen wir einer Beschleunigung der Arbeit entgegen. Eine Betriebsanalyse der Abteilung Kultur hat gezeigt, dass diese Abteilung wirklich gut unterwegs ist und personell sogar eher noch unterdotiert.

Bei der Kaserne ist uns, glaube ich, allen bewusst, dass die Situation, sagen wir mal, schwierig ist. Die Diskrepanzen zwischen öffentlich und wirtschaftlich werden sich nach Startproblemen auf jeden Fall noch entwickeln müssen. Es gibt da definitiv noch Luft nach oben.

Zum BVD. Höhere Energiepreise, die Beschaffung von Elektrobussen und Investitionen für die Traminfrastruktur generieren über 20 Millionen Franken, was ein starker Anstieg aufweist und es ist unklar, ob der höhere Beitrag für den öffentlichen Verkehr reicht oder ob sich dieser noch weiter erhöhen wird.

Für höhere Ausgaben sorgt auch ein steigender Headcount von fast 35 Stellen und nicht alle wurden ganz klar erläutert, also warum es die braucht.

Eine Beschleunigung im Baubewilligungsverfahren ist zu hoffen und die Umstellung auf digitales Baubewilligungsverfahren ist sehr zu begrüssen.

Die Entwicklung von Transformationsarealen birgt Unsicherheiten bei der Planung, Ressourcen und bei der Budgetierung. Aus diesem Grund sind unter anderem Transparenz und auch hier interdepartementale Zusammenarbeit wichtig. Eine gute Koordination und ein gutes Projektmanagement wünschen wir uns auch bei den Baustellen.

Obwohl wir für den Ausbau der Fernwärme noch bis 2037 Zeit haben, müssen wir auch hier jetzt wirklich vorwärtsmachen.

Im Finanzdepartement findet sich bei der Digitalisierung und bei den Immobilien ein höherer Aufwand. Auch IT-Projekte generieren neben der Digitalisierungsstelle einen Aufwand von 3,4 Millionen Franken. Hier muss gesagt werden, dass für die Digitalisierung im Vergleich zu anderen Kantonen relativ wenig Headcount eingesetzt wird. Dafür arbeiten aber viele Mitarbeitende interdepartemental im Digital Lab. Dafür braucht es zwei Stellen und wir begrüssen diese innovative Massnahme zur Digitalisierung und werden selbstverständlich deshalb auch gegen die angestrebte Kürzung der SVP sein. Positiv hervorzuheben sind die Digitalisierungsbestrebungen der HR-Prozesse, die modernisiert und angepasst werden.

Im WSU haben wir sinkende Fallzahlen bei der Sozialhilfe und Migration, das heisst, weniger Arbeitssuchende und Bezüger*innen der Sozialhilfe. Wir sehen das als sehr positive Tendenz, auch wenn uns klar ist, dass viele, die Sozialhilfe zugute hätten, sich nicht melden. Das ist aber, wie auch bereits gehört, ja in Abklärung.

Die KESB und das ABES stehen weiterhin vor grossen Herausforderungen, weshalb entsprechend Massnahmen und Headcount nötig sind, denn die Fallzahlen und die Gefährdungsmeldungen nehmen zu. Es ist gut zu wissen, dass das WSU unter der guten Leitung von Kaspar Sutter hier auch mit Massnahmen reagiert.

Zum WSU wie auch zum ED, GD und JSD werden wir in Einzelvoten dann noch genauer Stellung nehmen. Wir bedanken uns bei allen Mitarbeitenden der Departemente und auch der Gerichte für ihre gute und sorgfältige Arbeit. Ich möchte hier auch vorwegnehmen, dass wir sämtliche Kürzungen ablehnen werden.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die GLP ist David Wüest-Rudin.

David Wüest-Rudin (GLP): Die Grünliberalen danken dem Regierungsrat und der Verwaltung, den Betrieben und Gerichten für die grosse Arbeit, die erneut hinter der Erstellung des Budgets steht. Die Finanzkommission empfiehlt das Budget zur Annahme, dem schliessen sich die Grünliberalen an. Dies vor dem Hintergrund, dass sich nicht nur die Ausgaben, sondern auch die Einnahmen zum Glück dynamisch entwickeln und ein Budget mit leichtem Überschuss vorgelegt wird. Sie wissen, dass wir Grünliberalen deswegen nicht unkritisch sind. Mit einem ZBE von rund 3,3 Milliarden, das 2,6 Prozent über dem ZBE des Budgets 2023 liegt, gut jetzt teuerungsbereinigt etwas kleiner, legt der Regierungsrat aber nichtsdestotrotz abzüglich eben der Teuerung erneut wie über die letzte Dekade hinweg ein klares Wachstumsbudget vor.

Auch bezüglich der Stellen, das wurde in Vorreden schon erwähnt, sehen wir ein weiteres Wachstum der Verwaltung. Es sollen weitere 215 Stellen dazukommen. Das reiht sich in die Städteausdehnung des Staatsapparats der letzten zehn Jahre ein. Auch die Finanzkommission hat insbesondere die Stellenaufstockungen hinterfragt. Sie kann natürlich nicht detailliert prüfen, wie viele Stellen effektiv notwendig sind. Was jeweils auch nicht vertieft geprüft werden kann, ist, ob bei Stellenaufstockungen an anderem Ort abgebaut werden könnte. Wir sehen daher nach wie vor das stete Wachstum kritisch, das haben wir immer gesagt, haben aber auch betont, dass eben mit dem Budget kaum die Möglichkeit gegeben ist, vernünftig einzugreifen, ausser man kann in vertieften Beratungen der Finanzkommission, wie das letztes Jahr der Fall war, zum Schluss kommen, dass etwas geändert werden sollte.



Aus unserer Sicht ist vielmehr konsequenter nachzuprüfen, ob bestehende Aufgaben nicht reduziert oder effizienter erbracht werden können. Dazu soll die generelle Aufgabenüberprüfung gestärkt und konsequenter umgesetzt werden. Die GLP-Fraktion hat entschieden, dazu auch aktiv zu werden. Als zweiter Ansatzpunkt, auch das haben wir in der Vergangenheit mehrfach erwähnt, möchten wir, dass das Parlament nicht nur auf das jahresbezogene Budget, sondern stärker auf die mittelfristige Entwicklung von Aufgaben und Finanzen einwirken kann. Auch dazu werden wir im Rat aktiv werden.

Was uns auf diese mittelfristige Sicht deutlich Sorge macht, das wurde auch erwähnt in Vorreden, das ist die Entwicklung der Verschuldung, und zwar der Bruttoschulden. Das mahnen wir schon lange an und wir sehen das auch nicht so entspannt, wie das Regierungsrätin Tanja Soland erwähnt hat und auch nicht wie Michela Seggiani, die sagt, dass das quasi zwangsläufig ist, dass reiche Kantone hohe Schulden haben. Dem ist bei weitem natürlich nicht so. Die Bruttoschulden erwähnen auch die Finanzkommission. Die Finanzplanung zeigt, dass die Schulden von 3,3 Milliarden der Rechnung 2021 auf fast 5 Milliarden im Jahr 2027 steigen sollen. Das sind plus 1,7 Milliarden und das bei steigenden Zinsen. Die Zinslast steigt entsprechend nach Finanzplan auf fast 70 Millionen Franken pro Jahr. 70 Millionen werden dann jährlich an die Finanzmärkte abgeführt.

Das in einer Gesamtbetrachtung ist nicht der einzige kritische Punkt in der Finanzplanung. Ich habe es gesagt, die Ausgaben wachsen weiter stark, der Regierungsrat steigert das ZBE bis 2027 in vier Jahren um 10 Prozent oder 320 Millionen. Die Steuereinnahmen reichen nicht, um die Ausgaben zu decken. Der Regierungsrat schreibt weiter, ein deutliches Betriebsergebnis von bis zu 270 Millionen, er vertraut also auf die Erträge des Vermögens. Der Staatsapparat wächst, es werden, wie erwähnt, über 200 Vollzeitstellen mehr nächstes Jahr, das ist ein Trend, der ungebrochen ist. Der Regierungsrat steigert, wie erwähnt, die Bruttoschulden um 40 Prozent auf fast 5 Milliarden Franken, ein Rekordwert. Der Regierungsrat steigert entsprechend die Zinsausgaben, die Selbstfinanzierung sinkt stetig auf 30 Prozent und das liegt nicht an zu tiefen Steuern, der Regierungsrat rechnet mit steigenden Steuereinnahmen. Man darf durchaus die Frage stellen bei anderen positiven Eckwerten, aber man darf die Frage stellen, ob dies eine mittel- bis langfristig wirklich langfristig nachhaltige Finanzpolitik ist.

Mit dieser Beurteilung bekräftigen die Grünliberalen ihre Absage an Begehrlichkeiten, die jetzt aktuell erhoben werden, um mögliche künftige Erträge der OECD-Steuerreform schon heute fix auszugeben. Wir hatten einige davon hier im Rat und nun soll es offenbar sogar eine diesbezügliche Initiative für einen Pharma-Fonds geben. Wir sind gespannt, auf was für Ideen man denn noch kommen wird.

Wenn künftig mehr ausgegeben wird, bedeutet dies, dass die Schulden anwachsen werden. Das bedeutet, dass Steuergeld an den Finanzmarkt transferiert wird. Das heisst, wenn nun linke Begehrlichkeiten formuliert werden für neue Ausgaben, bedient man damit wahrscheinlich einfach den Finanzmarkt oder wir müssten Investitionen reduzieren, was wir nicht wollen. Es ist wichtig, dass der Kanton investiert.

Natürlich verwehren wir uns nicht sinnvollen Mehrausgaben und Investitionen oder einer massvollen Steuerreduktion, aber wir sehen jetzt aktuell keinen Handlungsspielraum für ausufernde Wünsche. Aktuell dringend ist, die Schulden zu reduzieren beziehungsweise sie nicht so stark anwachsen zu lassen. Das gibt uns künftig mehr Handlungsspielraum und reduziert den Abfluss von Steuermitteln an den Finanzmarkt. Die Millionen der OECD-Steuerreform, wenn sie denn überhaupt in der Form kommen, müssen deutlich zur Finanzierung der Investitionen beziehungsweise zur Dämpfung der Verschuldung beitragen.

Ein wichtiges Mittel, dass die Verschuldung nicht weiter ansteigt, ist auch die Ausgaben griffiger zu steuern. Im Bericht der Finanzkommission sind dazu einige Beispiele nachzulesen. Da ist zum Beispiel die Kaserne, es wurde auch schon mehrfach erwähnt. Ein klassisches Beispiel einer Investition mit zu rosigen Erwartungen für den Betrieb. Die Ertragsmöglichkeiten und Folgekosten wurden falsch eingesetzt. Das kennt man in Basel schon, insbesondere auch vom Kulturbereich, Stichwort Kunstmuseum. Die Finanzkommission berichtet zu Recht kritisch darüber. Da ist zum anderen Beispiel die Planung von Infrastrukturen und Bauprojekten. Als weiteres Beispiel sei hier der Spiegelhof aufgeführt. Erstens hat die Infrastruktur doppelt so viel gekostet wie geplant und zweitens sind nun offenbar Diskussionen im Gange, welche die Investitionen wieder in Frage stellen. Die Finanzkommission mahnt zu Recht die Nachhaltigkeit von Investitionen an. Weitere Beispiele finden sich in der Digitalisierung, bei der die Finanzkommission wiederholt anmahnt, auch Entlastungseffekte anzustreben.

Schliesslich sind auch wir selbst gefordert. Wie auf Seite 28 des Berichts der Finanzkommission nachzulesen ist, können durch die Ablehnung der Solarpresskübel die anvisierten Effizienzgewinne im Tiefbauamt von drei Stellen nicht realisiert werden, ohne das Geschäft hier neu aufzurollen. Aber ob nun Plastikcontainer schöner sind als Presskübel und dies eine halbe Million jährlich Wert ist, das kann man schon fragen.

Schliesslich noch zu den Kürzungsanträgen der SVP. Leider hat die SVP diese nicht in die Finanzkommission getragen, obwohl sie die Finanzkommission ja selbst präsidiert. Die Argumente und Folgen der Kürzungen, die beantragt werden, sind uns daher nicht bekannt. Wir bedauern dies ausserordentlich, denn es gibt durchaus auch Bedenkenswertes unter den Anträgen. Aber es zeigt sich auch hier wieder, dass mit kurzfristig eingereichten Budgetveränderungen keine sinnvolle mittelfristige Finanzpolitik gemacht werden kann. Dazu braucht es gemeinsame Aktionen und eine Anpassung der Instrumente des Grossen Rats.



Mit diesen Anmerkungen beantragt die Fraktion der Grünliberalen die Annahme des Budgets 2024. Die Fraktion dankt der Finanzkommission für ihren Bericht und ich persönlich möchte mich diesem Dank anschliessen an meine Kolleginnen und Kollegen der Kommission und an das Finanzdepartement und die Departemente für die gute Zusammenarbeit.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es liegen zwei Zwischenfragen vor. Eine von Tim Cuénod und die andere von Pascal Messerli. Nehmen Sie sie an? Sie werden angenommen.

Tim Cuénod (SP): David Wüest-Rudin, Ihre Grundsatzkritik in Bezug auf das Budget-Wachstum kennen wir. Haben Sie je vor, konkrete Vorschläge zu machen, wo und wie man beim Kanton einsparen kann oder auch das Wachstum begrenzen soll?

David Wüest-Rudin (GLP): Der zweite Teil ist wichtig. Wir reden nicht über einsparen, sondern Wachstum begrenzen und es ist nicht die Aufgabe des Parlaments, vorausschauend die konkrete Finanzplanung zu machen, sondern es ist Aufgabe des Regierungsrats. Aber das Parlament soll die Eckwerte festlegen, was der Rahmen ist und deswegen fokussieren wir uns auf die mittelfristige Aufgaben und Finanzplanung oder möchten wir darauf fokussieren.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Pascal Messerli bitte.

Pascal Messerli (SVP): David Wüest-Rudin, Sie haben von linken Begehrlichkeiten gesprochen. Es ist aber nicht so, dass die GLP gerade hier in diesem Parlament häufig den linken Begehrlichkeiten zustimmt und mitverantwortlich ist für diese nicht nachhaltige Finanzpolitik, die Sie ja selbst auch kritisieren.

David Wüest-Rudin (GLP): Ich habe mich auf die Anliegen bezogen, die explizit auf die Millionen der OECD-Steuerreform sich beziehen und da sagen wir, warten wir jetzt erst einmal ab, was da kommt. Die Finanzplanung sieht genug kritisch aus, als dass wir es uns heute leisten könnten, bereits Geld auszugeben, das wir noch gar nicht haben.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die Fraktion Mitte/EVP ist Balz Herter.

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Fraktion Mitte/EVP ist erfreut, dass die Staatsfinanzen auch im 2024 positiv aussehen. Ich bedanke mich bei den zuständigen Stellen für die grosse Arbeit und Regierungsrätin Tanja Soland für ihr wachsames Auge über unseren Finanzhaushalt. Da der Präsident der Finanzkommission in Fidel Castro-Manier doch eher ausführlich war, fokussiere ich mich in meinem Votum auf einige Themen, die mich während der Erstellung des Budgetberichts besonders beschäftigt haben.

Zum Glück sieht die Einnahmeseite aufgrund der prognostizierten Steuereinnahmen auch im kommenden Jahr gut aus. Dies zeigt, dass das hier drin beschlossene Steuerpaket, das von der Stimmbevölkerung bestätigt wurde, leisten können. Es werden Mindereinnahmen von knapp 120 Millionen Franken erwartet, die aber voraussichtlich durch mehr Erträge bei den Steuereinnahmen aufgrund des Wirtschafts- und Bevölkerungswachstums wieder kompensiert werden können. Diese Prognose untermauert die positive Finanzentwicklung des Kantons, welche die vom Parlament geforderten Steuerpakete rechtfertigt. Aus meiner Perspektive waren diese Massnahmen dringend nötig, um die Bevölkerung zu entlasten. So können wir zudem sicherstellen, dass wir auch zukünftig ein attraktiver Standort bleiben.

Gerne würde ich auf ein paar Punkte eingehen, die wir in den Hearings in der Finanzkommission mit den Departementen intensiver angeschaut haben.

Auch in diesem Jahr war das Bauen und das sagemuwobene Dreirollenmodell das grosse Thema hier im Rat und auch in der Kommission. Es scheint fast so, dass es dem Kanton nicht möglich ist, ein Grossprojekt ohne Kostenüberschreitungen oder Verzögerungen abzuwickeln. Ein Schwerpunkt in unseren Hearings war der Umbau des Spiegelhofs und die Erstellung der neuen Einsatzzentrale. Dort dauern die Arbeiten nach einem Verfahrensabbruch der Ausschreibung aufgrund unwirtschaftlicher Unternehmerangebote und aufwendigen statischen Ertüchtigungsmassnahmen deutlich länger als geplant und die budgetierten Kosten haben sich zwischenzeitlich verdoppelt.

Im Nachgang wurde uns dann kommuniziert, dass die Sanierung der Sanitätszentrale an der Hebelstrasse rund 15 Millionen Franken mehr kostet als geplant. Dort sind unvorhersehbare Gegebenheiten, zwingende Ersatzmassnahmen und die



geänderten Rahmenbedingungen seit dem Start des Bauprojektes vor acht Jahren der Grund. Das BVD hat im Projektmanagement den Bedarf für eine grundlegende Überprüfung erkannt und entsprechende Massnahmen getroffen. Ich hoffe sehr, dass diese fruchten und auch eine Verbesserung der Situation erreicht werden kann.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Situation der Kaserne. Ein Teil der dortigen Flächen wird durch das Präsidialdepartement bewirtschaftet, die nach einer öffentlichen Ausschreibung an die kHaus AG als Betreiberin vergeben wurden. Die angebotenen Co-Working-Bereiche werden derzeit nicht ausreichend vermietet, was zu Mietausfällen und zu einem bisher negativen Ergebnis führt.

Für die Restaurant-Fläche konnte in einem ersten Anlauf kein Pächter gefunden werden. Es gab niemanden, der bereit war, während der Pandemie die hohen Kosten für den Innenausbau zu stemmen. So hat eine Neuurteilung stattgefunden und man hat festgehalten, dass der Innenausbau von rund 2,8 Millionen Franken durch den Kanton übernommen wird. Anschliessend wurde das Restaurant erneut ausgeschrieben und an die Grenzwert GmbH vergeben und sie haben nun 2022 den Zuschlag für den Restaurationsbetrieb bekommen. Für den geplanten Innenausbau wird demnächst ein Ratschlag folgen, der dem Grossen Rat vorgelegt wird. Wir dürfen also gespannt sein, wie sich die Situation dort entwickeln wird.

Zum Dreierrollenmodell. Es scheint mir, dass dies ein eher schwer manövrierbarer Dampfer ist und die Abstimmung und Kommunikation zwischen den Rollen beziehungsweise Departementen teilweise etwas harzig läuft. Dies führt schlussendlich zu Verzögerungen. Ich hoffe, dass auch dieser Punkt angeschaut wird und Verbesserungsmassnahmen getroffen werden, damit beim Kanton ein agileres Projektmanagement möglich wird.

Zum Schluss bedanke ich mich bei allen Departementsvorsteherinnen und Departementsvorstehern, den Gerichten, deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die gute Zusammenarbeit.

Im Namen der Fraktion Mitte/EVP bitte ich Sie, das Budget zu genehmigen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die LDP ist Olivier Battaglia.

Olivier Battaglia (LDP): Die Liberaldemokratische Partei Basel-Stadt begrüsst das Budget insgesamt. Es zeigt, dass der Kanton finanziell solide aufgestellt ist und in der Lage ist, in den kommenden Jahren sinnvoll und wertschöpfend zu investieren. Über die Zahlen wurde ausführlich berichtet, weshalb ich auf einen weiteren Zahlenfriedhof verzichten werde.

Das Budget sieht aktuell einen Gewinn von 74 Millionen Franken vor. Die Vergangenheit hat auch aufgezeigt, dass die budgetierten Vorhersagen bei den Steuern meist konservativ sind und die vergangenen Rechnungen haben meist eine höhere effektive Steuereinnahme ausgewiesen. Aus Konsequenz kann höchstwahrscheinlich mit einem noch höheren Gewinn als 74 Millionen Franken im Rechnungsjahr 2024 gerechnet werden. Welche Auswirkung die OECD haben wird, ist ungewiss, aber hier haben sie auch schon bereits die ersten Begehrlichkeiten ausgelöst. Ich denke, man muss das Geld dann ausgeben, wenn man es hat und nicht im Vorfeld.

Über die Zinsentwicklung, dem Finanz- und Lastenausgleich, der abhängig vom wirtschaftlichen Erfolg von Basel-Stadt ist und wobei Basel-Stadt der zweithöchste Zahler ist, über die Teuerungsthematik, über den Fachkräftemangel, dem vorsichtigen Umgang mit der SNB, mit der Gewinnausschüttung und der Verschuldung wurde auch ebenfalls schon ausführlich berichtet. Die LDP befürwortet insbesondere folgende Punkte.

Die LDP setzt sich seit Jahren für die Entlastung der Steuerzahler ein. Das Budget 2024 zeigt auf, dass Basel die eingeführte Steuersenkung gut verkräftet hat. Dies ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung und die LDP ist zuversichtlich, dass eine weitere Senkung nicht ausgeschlossen ist. Die Investitionen in Bildung und Forschung sind die Grundlage für Wohlstand und Innovation. Dies ist eine sehr gute Investition und was vorgelegt worden ist, konnte gut begründet werden und stimmt die LDP zuversichtlich, dass die Investitionen richtig getätigt werden.

Die Sicherheit ist von zentraler Bedeutung für das Wohlbefinden der Basler Bevölkerung und die budgetierten Stellen, welche bei der Justiz auch geplant worden sind, sind ein wichtiger Baustein dazu und werden von der LDP ebenfalls begrüsst.

Der Kanton Basel-Stadt muss seine Infrastruktur instand halten und modernisieren. Wir haben gesehen mit dem Beispiel Deutschland und der Deutschen Bahn, was passieren kann, wenn man nicht nachhaltig und kontinuierlich in die Infrastruktur investiert und sie aktuell und instand hält. Das Budget 2024 sieht vor, dass in diesem Bereich insgesamt 427 Millionen Franken, also 7 Millionen Franken mehr investiert werden. Der LDP ist es ein Anliegen, dass der notwendigen Sorgfalt bei der Umsetzung dieser Investitionen Rechnung getragen wird und dass wir dort im speziellen auch bei dem zurzeit in der Überprüfung stehenden Dreierrollenmodell die Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortung klar geregelt bekommen und dass die Verantwortung auch wahrgenommen wird, auch aus einer finanziellen Sicht.

Die LDP begrüsst auch die Digitalisierung, die als wichtiger Bestandteil für die Zukunft der Administration und der Verwaltung gilt. Die Digitalisierung ist aber nicht eine eierlegende Wollmilchsaue, die alle administrativen Probleme löst und automatisch



alles effizienter macht. In einer komplexen vernetzten Verwaltung ist es kein einfaches Unterfangen. Aus Sicht der LDP ist es von zentraler Bedeutung, dass der Regierungsrat die Zügel in der Hand hält und diese Projekte klar führt und gezielt zu einer Umsetzung begleitet.

Auch die Investitionen in die Kultur sind wichtig für das Wohlbefinden der Bevölkerung in Basel. Sie tragen dazu, dass der Kanton ein attraktiver Standort für Kulturschaffende ist und dass die Bevölkerung den Zugang zur Kultur hat, was Basel auch über die Grenzen hinaus auszeichnet.

Wir haben noch einige kritische Anmerkungen. Die Ausgaben im Gesundheitswesen sind weiterhin sehr hoch und ein Problem für viele Leute. Die LDP setzt sich für eine effizientere Gesundheitsversorgung ein. Wir fordern, dass die Kantonsregierung die Ausgaben im Gesundheitswesen stark im Auge behält. Die LDP setzt sich für die Förderung der Prävention und Gesundheitsförderung, eine Stärkung der Selbstverantwortung der Versicherten sowie eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit im Gesundheitswesen ein.

Das Wachstum beim Personal, heute nicht zum ersten Mal angesprochen, nimmt nicht nur bei jeder zusätzlichen neuen Aufgabe, die wir hier drin beschliessen, zu. Die Entwicklung kommt auch aus bestehenden Aufgaben, die zu einem Mehr- oder Minderaufwand führen können in den einzelnen Dienststellen. Eine kritische Betrachtung der Aufgabenerfüllung soll im Fokus sein und bleiben. Die LDP ist der Ansicht, dass viele dieser Aufgaben auch mit bestehenden Ressourcen bewältigt werden können. Eine wirksame generelle Aufgabenprüfung würde aufzeigen, dass mit bestehenden Stellen und fallweise einer notwendigen Weiterbildung ein Job Enrichment erreicht werden kann und die Arbeitszufriedenheit der Mitarbeitenden in der Verwaltung gesteigert werden kann und dies, ohne dass man noch zusätzliches Personal rekrutieren muss.

Insgesamt ist das Budget 2024 ein solides Fundament für die Zukunft des Kantons Basel-Stadt. Die LDP wird sich weiter dafür einsetzen, dass die Steuerentlastungen umgesetzt und die Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur weiter gestärkt werden. Die LDP bedankt sich bei allen Beteiligten, die zum guten Resultat oder zum guten Budget beigetragen haben und bedankt sich auch in dem Sinne bei den guten Steuerzahlern, die Unternehmen, die sich hier angesiedelt haben und sich zum Wirtschaftsstandort Basel bekennen, der Verwaltung, der Gerichte, dem Regierungsrat, der Kommissionen, die sich zum Wohle des Kantons einsetzen und zu diesem Budget beigetragen haben.

Die LDP wird die Änderungsanträge aus oben benannten Gründen ablehnen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Somit kommen wir zu den Einzelsprechenden. Eric Weber hat sich gemeldet und hat das Wort.

Eric Weber (Fraktionslos): Als Grossrat möchte ich bei dieser Eintretensdebatte zum Budget den Regierungsrat benoten. Lukas Engelberger bekommt von mir die Note 6. Esther Keller bekommt wegen ihrer Eleganz und guten Arbeit auch die Note 6. Tanja Soland bekommt die Note 5, weil sie mit mir per du ist. Kaspar Sutter bekommt die Note 3. Ich habe den Regierungsrat jetzt am Montag getroffen mit meinem Besuch aus Weissrussland und die Frau wollte einfach sein Zimmer sehen, weil dort Zar Alexander gelebt hat, aber sie hat es nicht dürfen. Ich meine, als Grossrat müsste man dann schon ein bisschen zuvorkommender bedient werden.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Spricht Eric Weber eine Warnung aus.

Eric Weber (Fraktionslos): Und dann komme ich noch zu den zwei letzten Regierungsräten, die nicht zugänglich sind, und das muss man sagen, weil sich das auch in der Arbeit widerspiegelt, Conradin Cramer Note 1 und Stephanie Eymann auch die Note 1.

Ich muss als Grossrat das Budget rückweisen. Ich beantrage Rückweisung und Nichteintreten. Warum, weil ich politische Verfolgungen habe und ich frei spreche. Es kann nicht sein, wenn man hier frei spricht als Grossrat, auch draussen in der Stadt, dass man dann wegen seiner Meinung verfolgt wird und darum sage ich auch draussen auf der Strasse, das Budget muss abgelehnt werden. Ich fühle mich gesundheitlich gestärkt durch meine politischen Freunde AFD und junge Menschen.

Ich stelle zwei Anträge. Die kommen später, die werde ich auch später begründen, warum die Kantonspolizei nicht mehr arbeitet und wegen den Asylbewerbern aus der Ukraine, wo ich auch ein Lied davon singen kann.

Das soziale Basel ist angesprochen worden. Das soziale Basel geht mir einfach zu weit und auch bei der Justiz oder bei der Polizei, die unfähig ist zu arbeiten. Ich bringe es auf den Punkt, warum wir sparen müssen bei der Polizei, weil die Polizei nichts macht. Wir hatten eine Palästina-Demo vor dem Rathaus im November. Ich habe den Notruf angerufen, die Polizei ist nicht gekommen, aber als Journalist habe ich in der Basler Zeitung gelesen, hohe Terrorgefahr in Basel.



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Spricht Eric Weber den ersten Ordnungsruf aus.

Eric Weber (Fraktionslos): Wenn man dann als Grossrat nicht akzeptiert wird und man nicht einmal den Titel Grossrat erhält und dann heisst es, Missbrauch des Notrufs, dann muss ich sagen, beim Budget müssen wir sparen. Bei der Polizei müssen wir sparen, weil die Polizei nicht unser Rathaus beschützen kommt, obwohl wir Grossratssitzung haben und das geht nicht, dann können wir nicht Millionen an die Polizei zahlen. Darum habe ich auch den Antrag gestellt zum Budget und habe geschrieben: Die Polizei kommt nicht bei verbotener Demo vor Rathaus. Es heisst nun, Grossrat Eric Weber, Missbrauch von Notruf. Darum mein Änderungsantrag Budget, JSD minus.

Ich spreche als Grossrat der Volksaktion gegen zu viele Ausländer und Asylanten in unserer Heimat, Liste Ausländerstopp. Ich spreche aber auch im Namen der Nationalen Aktion gegen die Überfremdung von Volk und Heimat der Partei Schweizer Demokraten.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen mehr eingetragen. In der zweiten Runde hätte für die Gerichte der Vorsitzende des Gerichtsrats das Wort. Er verzichtet. Für den Regierungsrat hat das Wort Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Besten Dank für Ihre zahlreichen Voten mit den Inputs, die wir ja auch teilweise schon kennen. Ich möchte nur auf etwas noch replizieren. Sie sagen einerseits, wir würden sparen, wir sollten damit aufhören und mehr Geld verteilen für Klimaschutz, usw., und ein anderer Teil von Ihnen sagt, wir würden uferlos wachsen.

Ich kann Ihnen einfach versichern, dass keines von beiden wahr ist. Wenn das so wäre, wenn wir uferlos wachsen würden, dann glaube ich, wären die Ausgaben schon viel höher. Das würde ja bedeuten, dass weder der Regierungsrat noch der Grosse Rat Einfluss nehmen würde. Wir wachsen nicht einmal mit unserer Wirtschaftsleistung zusammen. Wir sind immer unter dem BIP von Basel. Der Regierungsrat nimmt selbstverständlich Einfluss auf das Wachstum und wir wachsen, weil wir Zuziehende haben. Wir haben mehr Schülerinnen und Schüler, wir haben mehr Aufgaben, dann ist es ja auch richtig.

Wir nehmen Einfluss, indem wir einen Wachstumspfad festlegen, indem wir sagen, welches Budget für uns machbar ist, tragbar ist. Wenn es neue Aufgaben gibt und jemand mehr stellen will, dann wird das bei uns angeschaut und diskutiert, das ist nicht automatisch. Auch die Finanzplanung, auf die David Wüest-Rudin gerne mehr Einfluss hätte, ja, der Regierungsrat hat dort einen Einfluss bei der Finanzplanung, überlegt sich auch etwas, das passiert nicht automatisch.

Und wir sparen auch nicht, ich weiss nicht, wo wir sparen. Nicht immer ist mehr Geld das Sinnvollste. Manchmal wird man dann auch ineffizient, wenn man irgendwo zu viel Geld hat, und andererseits sind wir verpflichtet, mit unseren Steuergeldern, unseren Einnahmen sorgfältig umzugehen und versuchen daher auch, das Geld sorgfältig auszugeben. Wir sind also, glaube ich, zwischen diesen zwei Polen, die Sie heute genannt haben.

Dann noch etwas zu den höheren Zinsen. Ja, klar haben wir mehr Zinsaufwand. Das ist einerseits so, aber man muss auch bedenken, es gibt auch mehr Einnahmen und unsere Zinsen, die wir bezahlen, die gehen, glaube ich, nicht einfach nur in das schwarze Loch der Finanzmärkte, sondern die werden häufig von Pensionskassen, auch unserer aufgenommen. Das heisst, die Pensionskassen, die Vorsorge haben durch die höheren Zinsen auch wieder mehr Guthaben, was für die Versicherten gut ist. Also somit ist die ganze Situation nicht ganz so schwarz-weiss.

Ansonsten danke ich Ihnen für die gute Aufnahme und bin froh, wenn wir das Budget heute so verabschieden können.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es liegt eine Zwischenfrage von David Jenny vor. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

David Jenny (FDP): Tanja Soland, bei der normalen PK wird immer von der Aufsicht kritisch beäugt, wenn Geld dem Arbeitgeber geliehen wird. Wie viel Geld leiht jetzt unsere PK dem Staat aus und ist das alles noch im grünen Bereich?

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Das weiss ich nicht auswendig und ja, die Staatsanleihen, die wir auf den Markt bringen, die werden jeweils - ich habe jetzt gerade eine Info bekommen von der Tribüne - kein Geld.



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für die Kommission UVEK hätte Raphael Fuhrer das Wort. Er verzichtet. Für die Kommission BKK hätte Franziska Roth das Wort. Sie verzichtet ebenfalls. Für die Finanzkommission wünscht Joël Thüring das Wort und hat es.

Joël Thüring (SVP): Vielen Dank für die anregende Diskussion zum Budget, zu unserem Budgetbericht. Ich wurde noch darauf aufmerksam gemacht, dass sich das Budget des Kantons ja noch in einem weiteren Bereich verbessert. Wir haben ja nun einen freien Sitz in der Regierung und somit auch eine Lohnzahlung weniger für einige Wochen oder Monate. Ich habe gehört, dass die Stellvertretung jetzt keinen doppelten Lohn beziehen wird, deshalb wird auch das noch unser Budget entsprechend entlasten. Das vielleicht noch als kleiner Hinweis dazu.

Nur ganz kurz zu einzelnen Wortmeldungen. Pascal Messerli, Sie haben davor gewarnt, dass der Kanton Basel-Stadt wie der FC Basel vielleicht irgendwann nicht mehr in der Champions League, sondern in der Challenge League spielt. Ich habe mir dann überlegt, ist jetzt Tanja Soland eher Gigi Oeri oder Bernhard Burgener. Das muss jeder selber entscheiden. Persönlich habe ich das Gefühl, ist die Situation beim FC Basel nicht ganz mit demjenigen des Kantons Basel-Stadt vergleichbar.

Die Finanzlage ist weiter gut und wird wahrscheinlich auch etwas besser bleiben, aber was natürlich tatsächlich stimmt, ist, bei den Finanzen eines Kantons hängt es immer auch davon ab, wie wirtschaftlich erfolgreich ein Kanton ist, wie der Kanton auch von der Bevölkerungszahl her wächst, weil das wieder neue Steuereinnahmen generiert, und natürlich auch, was für Firmen sich hier ansiedeln. Aber bei all diesen Punkten befindet sich der Kanton Basel-Stadt weiterhin in der Champions League. Da unterscheidet er sich doch sehr deutlich vom FC Basel, der dort vielleicht dann wieder irgendwann einmal Potenzial nach oben hätte. Beim Kanton ist es sicher so, dass er in dieser Liga bleiben sollte und wahrscheinlich auch bleiben wird.

Dann haben Sie auch gesagt, dass die Finanzkommission keine Kürzungen beantragt hat. Ich möchte einfach daran erinnern, wir haben im letzten Jahr Kürzungen beantragt und das zeigt doch, dass die Finanzkommission sich sehr detailliert mit dem Budget auseinandersetzt. Dass wir in diesem Jahr keine gestellt haben, heisst nicht, dass wir es uns nicht überlegt haben, sondern dass wir der Ansicht waren, es braucht keine. Aber es ist selbstverständlich dem hohen Haus überlassen, hier dann noch entsprechend zu korrigieren.

Zu Daniel Seiler, ja, das ist korrekt, da muss ich Ihnen recht geben und die Finanzkommission muss das auch zur Kenntnis nehmen. Teilweise sind Stellenaufstockungen nicht in der Regierung entstanden oder die Idee dazu in der Regierung entstanden, sondern im Parlament durch entsprechende Vorstösse in diesem hohen Hause und der Regierungsrat muss dann nachvollziehen, was das Parlament auch entsprechend beschliesst.

Bei den Nachtragskrediten, das ist mir noch wichtig, weil es gerade auch im Zusammenhang mit diesem Neubau, des Zweitstandorts Sanität zu einigen Fragen auch von Medienschaffenden gekommen ist. Wenn wir einmal grundsätzlich einem Projekt zustimmen, dann ist aus Sicht des Regierungsrates und aus unserer Sicht auch korrekterweise im Normalfall der Finanzstatus rechtlich gebunden. Das heisst, das Parlament muss nicht noch einmal darüber entscheiden und das kann halt dann wie jetzt auch im Falle des Spiegelhofs dazu führen, dass über die Jahre hinweg diese entsprechend ursprünglich bewilligten Beträge durch den Grossen Rat erhöht werden, weil der Regierungsrat sich in seinem Antrag an die Finanzkommission auf den Standpunkt stellt, es handelt sich hierbei um gebundene Ausgaben, die bereits einmal der Grosse Rat auch bewilligt hat. Das ist insofern korrekt, aber es ist auch richtig, dass die Finanzkommission das jeweils in ihrem Budgetbericht oder in ihrem Rechnungsbericht, wo auch immer, transparent macht, dass solche Nachtragskredite oder auch eben entsprechende zusätzliche Begehren auf Finanzen bei Bauprojekten, das entsprechend auch den Grund des ursprünglich einmal gesprochenen Topfes massiv erhöhen können. Das haben wir jetzt beim Spiegelhof so erlebt.

Auch David Wüest-Rudin muss ich insofern recht geben, dass es natürlich für eine Finanzkommission schwierig ist, jede einzelne Stelle zu überprüfen, ob die tatsächlich notwendig ist. Wir haben es aber trotzdem nach bestem Wissen und Gewissen getan und sind aufgrund dessen, dass wir keinen Antrag gestellt haben, irgendwo eine Stelle zu kürzen, eine Aufgabe zu streichen, der Ansicht gewesen, dass uns das seitens des Regierungsrates ausreichend plausibel erklärt worden ist respektive ausreichend begründet worden ist.

Und dann zu Balz Herter. Vielen Dank, dass Sie mich mit einem Kommunisten oder Marxisten verglichen haben. Ich habe geschaut, sein Rederekord liegt bei 7 Stunden und 10 Minuten. Also ich habe noch etwa 6 Stunden und etwas Spazi, um diesen Rederekord von Herrn Castro zu brechen. Ich verspreche Ihnen, ich werde es heute ganz bestimmt nicht tun. Besten Dank für die Debatte.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Eintreten ist obligatorisch. Eric Weber beantragt, das Budget an den Regierungsrat zurückzuweisen. Wir kommen zur Abstimmung.



Abstimmung

über die Rückweisung.

JA heisst Rückweisung, NEIN heisst keine Rückweisung

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 91 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002327, 14.12.23 11:03:36]

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben sich für nicht Zurückweisen entschieden mit 91 Nein-Stimmen bei einer Ja-Stimme und 0 Enthaltungen.

Detailberatung des Budgets 2024, Erfolgsrechnung.

Die Detailberatung des Budgets 2024 erfolgt nach Departementen gemäss dem Bericht der Finanzkommission und subsidiär gemäss dem Budgetbericht. Bei jedem Departement werden zuerst die eingegangenen Anträge bekannt gegeben. Danach erhält das Wort der Referent der Finanzkommission und der Vertreter des Regierungsrates. Dann folgt die Beratung der Anträge und deren Bereinigung. Die Vorgezogenen Budgetpostulate werden bei den einzelnen Departementen behandelt. Am Schluss der Detailberatung steht die Investitionsübersichtsliste.

Detailberatung des Budgets 2024, Allgemeine Themen (Kommissionsbericht Seite 4 bis 17).

Für die Finanzkommission hat das Wort deren Präsident Joël Thüring. Er verzichtet. Tanja Soland verzichtet ebenso. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. In der zweiten Runde wird auch auf ein Votum verzichtet.

Gesamtkantonale Feststellungen (Kommissionsbericht Seite 18 bis 22).

Der Kommissionspräsident verzichtet auf ein Votum, die Regierungsrätin ebenso. Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen.

Präsidialdepartement (Kommissionsbericht Seite 23).

Hier liegen sechs Änderungsanträge der Fraktion SVP vor. Wir führen zuerst die allgemeine Debatte zum Departement und beraten danach die Änderungsanträge. Das Wort zu diesem Departement hat für die Finanzkommission Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Nur ganz kurz zum Präsidialdepartement, es passt ein bisschen zur Diskussion von vorher. Wir haben hier unter anderem eine Erhöhung auch des Headcounts aufgrund der Rahmenausgabenbewilligung Provenienzforschung. Dort hat ja der Grosse Rat mehr Geld gesprochen, als der Regierungsrat beantragt hat und für diese Rahmenausgabenbewilligung wurde jetzt der Headcount-Plafond um 4,5 Stellen erhöht. Zudem gilt es noch zu erwähnen, dass im Zuge der Reorganisation und der neugeschaffenen Dienststelle Gleichstellung und Diversität Budgetmittel von der Dienststelle Kantons- und Stadtentwicklung saldoneutral verschoben worden sind.

Ganz kurz zur Wohnschutzkommission. Die Wohnschutzkommission oder generell das Thema Wohnschutz wurde auch vorher schon von den Fraktionssprechenden in der Budgetdebatte erwähnt. Wir konnten uns auch zu diesem Thema Wohnschutzkommission mit dem Regierungsrat und Regierungspräsidenten Beat Jans, dem damaligen Regierungspräsidenten austauschen und uns wurde mitgeteilt, dass per 1. Oktober dieses Jahres die letzte Stelle für die Umsetzung der Initiative «Ja zum echten Wohnschutz» besetzt werden konnte. Somit sind nun alle diese insgesamt bewilligten 4,4 Vollzeitstellen besetzt und der Regierungsrat respektive der Regierungspräsident steht im Austausch mit dem Präsidenten der Wohnschutzkommission und wird auch diesen Kontakt weiter pflegen respektive das wird dann wahrscheinlich seine Nachfolge vor allem machen. Das Präsidialdepartement erwarte von der Wohnschutzkommission insbesondere einen gesetzeskonformen, aber so unbürokratisch wie möglichen Vollzug. Der Fokus solle auf eine effiziente, engagierte und fachkompetente Erarbeitung der Fälle und der Organisation der Kommission liegen. Das waren die Ausführungen des Präsidialdepartements zu unseren Fragen.

Wir als Finanzkommission teilen diese Ansichten und wünschen uns oder erhoffen uns, dass die Prozesse in dieser Wohnschutzkommission so entsprechend auch beschleunigt werden können. Das ist es meinerseits zum PD.



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat das Wort hat Vize-Regierungspräsident Lukas Engelberger. Er verzichtet. Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. In der zweiten Runde wird auch auf ein Votum verzichtet.

Es liegt ein Änderungsantrag der Fraktion SVP vor. Dienststelle Gleichstellung und Diversität (Budgetbuch Kapitel 3.2.2 Seite 50)

Erfolgsrechnung, Verbesserung um 330'568 Franken. Der Antragsteller Pascal Messerli hat das Wort.

Pascal Messerli (SVP): Erlauben Sie mir zunächst die Abteilung, Gleichstellung und Diversität personell bezüglich des Geschlechtes vorzustellen. Abteilungsleitung und Administration: fünf Frauen, kein Mann. Fachstelle Gleichstellung von Frauen und Männern: vier Frauen und eine, wie ich das richtig gelesen habe, nicht-binärer Person. Fachstelle Integration und Antirassismus: fünf Frauen, ein Mann. Fachstelle Rechte von Menschen mit Behinderung: zwei Frauen, kein Mann. Gesamtergebnis: 16 Frauen, ein Mann, eine nicht-binäre Person.

Insbesondere bei der Fachstelle Gleichstellung von Frauen und Männern frage ich mich wirklich, ob das überhaupt der richtige Name ist. Man kann die Fachstelle geradezu Frauenbüro nennen. Und wenn einer Abteilung nicht einmal personell ihrem eigenen Anspruch nachkommt und für Gleichstellung einsteht, dann frage ich mich wirklich, inwiefern wir das Jahr für Jahr als Staatsaufgabe so durchgehen lassen können. Es gibt an dieser personellen Zusammensetzung jedes Jahr Kritik. Der Regierungsrat verspricht jedes Jahr Besserung und jedes Jahr passiert gar nichts. Das sind die Fakten. Und wenn man das jetzt inhaltlich mal anschaut, dann wird das auch nicht viel besser. Wenn ich an den Zukunftstag denke, da wird ein Parlament für Mädchen organisiert, aber es wird kein Parlament für die Buben organisiert. Man sagt, die Buben sollen offensichtlich nicht mehr Politiker werden, ausser vielleicht sie fühlen sich mit 18 als Frau. Diese einseitige Ideologie macht die SVP nicht mit. Es kann nicht sein, dass wir unseren Buben hier dieses Angebot nicht präsentieren, aber den Mädchen schon.

Das gleiche bei der Lohngleichheit. Hier wird auch kein wissenschaftlicher Unterschied mehr gemacht zwischen Lohndiskriminierung und Lohngleichheit. Man führt einem KMU schädlichen Basler Finish ein. Fraktionskollege Lorenz Amiet hat hier auch eine Motion eingereicht, die in diesem Parlament mehrheitsfähig war, so dass man auch hier in diesem Bereich etwas sparen könnte. Und gleichzeitig möchte man eine neue Fachstelle für LGPTQI-Anliegen schaffen, die wir aus Sicht der SVP-Fraktion ebenfalls nicht nötig finden.

Es ist wirklich höchste Zeit, dass wir bei dieser Abteilung jetzt einmal kürzen und deshalb stelle ich den Antrag auf 25 Prozent. Sehr gerne möchte ich an dieser Stelle erwähnen, dass die allerwichtigsten Gleichstellungsfragen gar nicht auf kantonal politischer Ebene stattfinden. Die Frage nach der Individualbesteuerung, die Frage nach der Rente, AHV, Pensionskasse, die Frage nach Care-Arbeit, die Frage nach Militärdienstpflicht, etc., das sind ja alles Punkte, die in den nächsten Jahren oder Jahrzehnten auf Bundesebene diskutiert werden und nicht auf kantonal politischer Ebene.

Jede Frau, die sich diskriminiert fühlt in ihrem Lohn, kann das gerichtlich anfechten. Diese Strukturen bestehen alle schon. Es braucht hier gar keine Erweiterung bei der Abteilung Gleichstellung, weil diese Kompetenzen in diesem Bereich gar nicht vorliegen. Wir haben in sehr vielen Bereichen die Gleichstellung auch erfüllt, deshalb ist es auch moderat, denn wir hier um 25 Prozent kürzen können.

Das werde ich Ihnen beantragen und Sie können dem bedenkenlos zustimmen und die Gleichstellung zwischen Männern und Frauen wird nicht zerstört. Das kann ich Ihnen versprechen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für die Finanzkommission hat das Wort Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Wir beantragen Ihnen, diesem Antrag nicht zuzustimmen. Die Finanzkommission ist nicht der Meinung, dass es dort eine Kürzung um 25 Prozent oder auch um eine andere Summe, was auch immer es dann wäre, notwendig ist oder gerechtfertigt wäre. Insofern bitten wir Sie, den Antrag der SVP-Fraktion abzulehnen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat das Wort Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Der Regierungsrat beantragt Ihnen, bei seinen Zahlen gemäss Budgetbericht zu bleiben und diesen Kürzungsantrag abzulehnen. Der Gleichstellungsauftrag ist verfassungsrechtlich und gesetzlich legitimiert in Bund und Kanton. Das Parlament selber präzisiert diesen Auftrag laufend. Sie haben beispielsweise den Regierungsrat beauftragt, eine Gleichstellungsstrategie 2030 zu erarbeiten. Das wird jetzt vorbereitet. Aus dem Grossen Rat stammt auch die Forderung nach der Erweiterung des Auftrags der Fachstelle auf die Gleichstellung von LGBTQI-Personen oder für die



Einführung von Lohngleichheitsanalysen für KMU. Dazu ist ja auch wieder eine Motion präzisierend, die erwähnt wurde, hier überwiesen worden.

Diese Themen bleiben im Gespräch, das sind nur wenige Beispiele und sie zeigen, dass die Gleichstellungsthematik aktuell bleibt und auch den Kanton und seine Verwaltung sehr zu Recht beschäftigt. Ich finde auch, wir könnten zu diesem Thema so langsam eine etwas nüchternere und sachlichere Diskussion führen. Nicht immer, wenn Gleichstellung ein Thema ist, muss gleich der Kulturkampf losgetreten werden.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Für die Fraktion SP hat sich angemeldet Jessica Brandenburger.

Jessica Brandenburger (SP): Alle Jahre wieder kommt dieser Antrag und er ist, glaube ich, einfach Copy-Paste vom letzten Jahr. Aber ich habe mir die Mühe gemacht und ein neues Votum geschrieben. Ich hätte natürlich auch Copy-Paste vom letzten Jahr gemacht, aber das würde Sie ja langweilen.

Im Antrag steht, die Gleichstellung sei erreicht und darum könne man da ja streichen. Ich habe das Gefühl, das ist eher so eine Gefühlslage in der SVP-Fraktion und darum habe ich nach Zahlen gesucht. Keine Angst, ich zeige Ihnen jetzt keine Zahlen einer Fachstelle oder eines NGO, das Sie eh nicht ernstnehmen, sondern aus dem Global Gender Gap Report des World Economic Forums, also wirklich nicht eine Quelle, die ich jetzt oft benutze. Dieser Bericht bestätigt, die Gleichstellung zwischen Frau und Mann ist in der Schweiz noch lange nicht in Sicht. Die Schweiz hat acht Plätze eingebüsst und ist aus den Top 20 gefallen. Die Gründe, die in der Studie genannt werden, sind die Verschlechterung, was die wirtschaftlichen Chancen und die Bildung der Frauen betrifft. Das sind Zahlen, die von einer Organisation erhoben worden sind, die jetzt wirklich keinen linken Einschlag hat.

Ich kann verstehen, dass Sie genervt sind, dass Sie das doof finden, aber Lukas Engelberger hat es gesagt, dass Sie immer gleich einen Kulturkampf daraus machen müssen, das ist ein bisschen langweilig. Dann haben Sie noch das Mädchenparlament kritisiert. Ich weiss nicht, ob Sie das mitbekommen haben, aber dieses Jahr waren auch Buben da. Als es darum ging, die Vorstösse und Ideen zu besprechen, da waren Buben da und ich fände es super, wenn Sie sich informieren würden, bevor Sie hier ans Rednerpult gehen und eine Veranstaltung runtermachen, die so gar nicht stattgefunden hat.

Darum empfehle ich Ihnen im Namen des GAB und der SP, diesen Antrag der SVP abzulehnen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Somit als Einzelsprecher hat Eric Weber das Wort.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich muss ganz klar widersprechen, was Jessica Brandenburger gesagt hat. Ich bin der einzige Grossrat, der an das Mädchenparlament gegangen ist beim vorletzten Mal und ich war der einzige Grossrat, der die Einladung angenommen hat und ich habe nur Mädchen gesehen und keine Buben, aber das war beim vorletzten Mal. Es hiess dann, ich darf nicht dabei sein, weil als TikTok-Star würde ich die Mädchen ablenken und ich habe dann Beschwerde gemacht. Aber es waren keine Buben dabei.

Ich habe sehr viele Anfragen bekommen in den letzten drei Jahren als Grossrat und als TikTok und Instagram Eric; wir haben die Nase satt wegen Gleichstellung. Und das sind die jungen Menschen, junge Menschen zwischen 12 und 20. Und die haben immer gefragt, Eric was sagst du zur Gleichstellung? Was sagst du zu LGBTQ? Und ich habe dann immer nur einen Satz gesagt; wir leben hier, weil sich unsere Mama und Papa gerne gehabt haben. Ich habe selber zwei Töchter, 17 und 25, und die sagen mir unabhängig von meiner Tätigkeit als Grossrat; Papi, wir können das Thema Gleichstellung nicht mehr hören.

Ich danke Kollege Pascal Messerli von der SVP, meiner Lieblingspartei, dass er gesagt hat, wir machen hier nicht mehr mit. Und da muss ich auch ganz klar sagen als Grossrat Eric Weber und Vater von zwei Töchtern und in Kontakt mit vielen jungen Leuten wegen Instagram, TikTok, usw., auch ich mache da nicht mehr mit. Die Gleichstellung ist eine Zwängerei und Sie wissen ganz genau, dass wir Männer es vor Gericht schwieriger haben wie Frauen. Ich werde den Anträgen der SVP zustimmen und ich bin dankbar, dass es da einmal noch eine Diskussion gibt. Ich finde eh, dass wir viel zu wenig diskutieren, aber ich muss hier diskutieren, nehmen Sie mir das nicht übel, weil ich der einzige fraktionslose Grossrat noch bin und darum muss ich hier sprechen, weil ich in keiner Kommission bin.

Liebe SVP, danke für den tollen Antrag. Ich finde es auch nicht okay, wenn es nur ein Mädchenparlament gibt und kein Bubenparlament. Das geht natürlich nicht. Ich beobachte alles ganz genau und ich finde es dann nicht toll, wenn dann nur



gewisse Grossräte beim Mädchenparlament auftreten und sich noch ein grosses Budget auszahlen lassen. Das sind diese Punkte.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

Antrag SVP Gleichstellung und Diversität

JA heisst Zustimmung, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

12 Ja, 75 Nein, 0 Enthaltungen. [*Abstimmung # 0002329, 14.12.23 11:21:20*]

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag abzulehnen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Antrag der SVP abgelehnt mit 75 Nein-Stimmen bei 12 Ja-Stimmen und keiner Enthaltung.

Es liegt ein Änderungsantrag der Fraktion SVP vor. Dienststelle Staatskanzlei (Budgetbuch Kapitel 3.2.3 Seite 52)

Erfolgsrechnung, Verbesserung um 60'000 Franken, Feier Eva Herzog. Der Antragsteller Pascal Messerli hat das Wort.

Pascal Messerli (SVP): Ich habe insgesamt drei Kürzungsanträge bezüglich Wahlfeiern eingereicht. Zwei im Namen der SVP-Fraktion, einer als alleiniger Antragsteller bezüglich der kommenden Bundesratsfeier von Beat Jans. Trotzdem erlaube ich mir, gleich zu allen drei Anträgen zu reden, weil es etwas miteinander zusammenhängt.

Wir sprechen, wie ich es schon gesagt habe, von drei Feiern. Eine Feier, die Bundesratsfeier von Eva Herzog, die letztes Jahr nicht stattgefunden hat, und dem Steuerzahler 60'000 Franken kostete, dann die Nationals- und Ständeratspräsidiumsfeier, die bereits stattgefunden hat und dem Kanton Basel-Stadt 240'000 Franken kostete und die kommende Bundesratsfeier für Bundesrat Beat Jans, bei der das Kostendach bei 300'000 Franken liegt. Insgesamt sprechen wir also von Beiträgen von 600'000 Franken nur für Wahlpartys.

Und hier möchte ich schon etwas an die Sensibilität gegenüber der Bevölkerung appellieren. Wir leben in einer Zeit, in der viele Menschen Geldsorgen haben, die Krankenkassen, die Mieten, die Stromkosten nicht mehr gut bezahlen können, die verschiedenen Krisen haben die Menschen geprägt. Und wenn ich dann teilweise sehe, was wir hier an Gegenwind bekommen, nur weil wir die Beiträge bei diesen Wahlpartys überhaupt diskutieren und kritisieren oder in Frage stellen, dann kommen Wörter wie Populismus, Kindergarten, Kleingeistigkeit, dann merke ich einfach eine komplett elitäre Bubble und ich bemerke halt einfach, dass sehr wenig Sensibilität darüber existiert, dass es sich hier um Steuergelder handelt.

Ich möchte an dieser Stelle schon noch betonen, dass wir noch nie gesagt haben, dass es gar keine Feiern geben sollte und unsere Kürzungsanträge sind auch moderat. Wir fordern einmal 60'000 Franken weniger für eine Feier, die nicht stattgefunden hat, wir fordern 60'000 Franken weniger für die Nationals- und Ständeratspräsidiumsfeier. Man hätte mit 180'000 immer noch ein tolles Fest feiern können und ich rede bei der Bundesratsfeier von einem Kostendach von 200'000 Franken, was immer noch 50'000 Franken höher ist als bei der Bundesratsfeier von Albert Rösti und Elisabeth Baume-Schneider.

Man hätte ja auch kreativ sein können und sagen können, okay, letztes Jahr hat uns das 60'000 Franken gekostet, es hat nicht stattgefunden, jetzt gehen wir dafür bei der aktuellen Bundesratsfeier 60'000 Franken runter. Das hätte man kommunikativ auch so bringen können, dann wären wir sicherlich auch zufrieden gewesen und hätten diese Kürzungsanträge nicht gemacht, aber hier ist man überall drüber.

Und bevor Sie mir jetzt mit irgendwelchen Beispielen kommen, dass irgendwelche SVP-Vertreter vor zehn Jahren auch Feiern gemacht haben, die so teuer waren, ja, ich habe das zur Kenntnis genommen, ich sage Ihnen aber auch ganz ehrlich, es interessiert mich nicht. Weil wenn es damals falsch gewesen war, heisst es nicht, dass es heute richtig ist. Wir müssen generell diese Sensibilität anschauen, wir müssen generell diskutieren, was wir für Kosten wollen bei diesen Feiern und was in einem vernünftigen verhältnismässigen Rahmen ist.



Und vielleicht noch ein Wort zum Thema Öffentlichkeit. Es wurde immer gesagt, diese Feste seien Feste für die Bevölkerung. Es gab eine Schiffsfahrt, da waren die National- und Ständeräte unter sich, es gab ein Galadinner und ja, am Marktplatz gab es etwas für die Öffentlichkeit. Ich glaube, es waren 500 Nasen dort, dabei 400 Politiker, also so ein grosses Fest für die Öffentlichkeit können Sie mir hier auch nicht verklickern. Hier wäre es ehrlicher gewesen, wenn man kommunikativ einfach gesagt hätte, es ist ein Fest von und für Politikerinnen und Politiker und nicht für die breite Bevölkerung. Im Gegenteil, die breite Bevölkerung musste ja eingeschränkt werden, weil die öffentlichen Verkehrsmittel in dieser Zeit nicht gefahren sind. Also hier etwas kommunikativ ehrlicher wäre auch angebracht.

Ich bitte Sie also, diesen moderaten Kürzungsanträgen zuzustimmen, das heisst nicht, dass wir generell gegen Wahlfeiern sind.

Der Form halber gilt noch zu erwähnen, dass der Kürzungsantrag bezüglich der kommenden Bundesratsfeier formell im Bereich der Staatskanzlei gestellt wird, welche das dann intern kompensieren müsste, aber selbstverständlich ist die Idee der SVP-Fraktion, dass wir hier ein Kostendach von 200'000 Franken sprechen. Und wenn Sie heute das ablehnen, dann kann ich trotzdem mit in die Augen schauen und uns in die Augen schauen, aber dann hat zumindest das Parlament darüber beschlossen und dann ist es auch eine andere Legitimität, aber ich finde, das sollte man schon auch diskutieren, diese Sensibilität und diese Kosten, die wir für uns selbst hier sprechen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für die Finanzkommission hat das Wort Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Pascal Messerli hat jetzt gerade zu drei Anträgen gesprochen, wenn ich das richtig verstanden habe. Ich nutze die Gelegenheit, das auch zu tun. Die Finanzkommission beantragt Ihnen, diesen Anträgen keine Folge zu leisten.

Vielleicht ganz kurz, auch die Finanzkommission wird jeweils über Entnahmen aus dem Kompetenzkonto des Regierungsrates informiert. Das wurde sie auch in diesen drei Fällen. Frühzeitig wurde sie über das informiert und ich kann so viel verraten, auch aus der Diskussion in der Finanzkommission, wir haben bei der Frage über diese 240'000 Franken, die da aus dem Kompetenzkonto entnommen wurden für die Ständeratspräsidentenfeier, dann auch die Nachfrage gestellt beim Regierungsrat, ob gewährleistet ist, dass diese Kosten, weil es ja eine gemeinsame Feier ist, paritätisch getragen werden. Man hat uns dann sehr rasch freundlicherweise auch die konkrete Auflistung zukommen lassen und uns auch mitgeteilt, dass sie tatsächlich paritätisch, also 240'000 und 240'000 aus dem Landkanton so getragen wird. Das war lange, bevor es eine öffentliche Debatte auch dazu gab.

Wir bitten Sie also, diesen drei Anträgen keine Folge zu leisten.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat das Wort Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich bitte Sie im Namen des Regierungsrats ebenfalls, den Anträgen nicht zu folgen, nutze aber gerne die Gelegenheit, dazu Ausführungen anzubringen.

Zuerst zum Antrag betreffend interne Kompensation von diesen 60'000 Franken für das letztlich abgesagte Fest im letzten Jahr. Das Kompetenzkonto respektive dessen Ausgaben zu dessen Lasten sind keine effektiven Mittel, sondern eine Zusage, das Budget im bewilligten Umfang zu überschreiten für unvorhergesehene Aufwände oder Investitionen. Das sagt Paragraph 10 Abs. 3 des FHG. Eine Kompensation einer Entnahme ist deshalb vom Gesetzgeber gar nicht vorgesehen und wäre in der Sache auch nicht richtig. Der Rücktritt von Altbundesrätin Sommaruga Anfang November 2022 und die Nomination von Eva Herzog zur offiziellen Kandidatin waren bei der Verabschiedung des Budgets 2022 im Dezember 2021 natürlich nicht bekannt. Das ist eben genau so ein Fall, wo wir mit dem Kompetenzkonto spontan agieren können. Das jetzt zu kompensieren hat keine gesetzliche Grundlage und wäre auch unpassend.

In der Sache selber sprechen wir über Ausgaben aus dem Jahr 2022. Der Regierungsrat hat im November des Jahrs 2022 einen Maximalbetrag von 300'000 Franken bewilligt. Ausgaben entstanden trotz verlorener Wahl im Umfang von 57'917.21 Franken. Das sind zum einen die Kosten, die für den Druck der Einladung entstanden sind, da die Kantone die Einladung am Wahltag mitbringen müssen, das war auch gestern wieder so glücklicherweise, vor allem aber sind es Stornierungskosten, die die Unternehmen in Rechnung stellten, da sie ihre Leistungen eben nicht anders anbieten konnten und Kosten hatten.

Dann zum zweiten Antrag, das ist die Präsidentenfeier jetzt für die Ständeratspräsidentin Eva Herzog. Die war ebenfalls nicht vorhersehbar. Eva Herzog wurde am 14. Dezember 2022 zur Vizepräsidentin des Ständerats gewählt und wir haben das Budget am 14. Dezember 2022 damals schon beraten. Das hat sich überschritten. Die Bewilligung der Ausgabe aus dem Kompetenzkonto war somit korrekt und eben eine Kompensation auch in diesem Fall nicht angezeigt. Die Parität wurde bereits bestätigt vom Präsidenten der Finanzkommission und insofern würde ich sagen, dass wir auf ein gelungenes Fest zurückblicken dürfen und ich bin auch dankbar dafür, dass wir das so ausrichten durften.



Und jetzt dann betreffend Bundesratsfeier, die wir ja auch wieder ausrichten dürfen. Nächste Woche freuen wir uns und wir halten fest, dass diese Beträge in die Rechnung 2023 fallen und nicht ins Budget 2024, über welches wir reden und deshalb der Antrag fehl geht.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Somit kommen wir zu den Fraktionssprechenden. Erster Fraktionssprecher für die SP ist Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Bei den vorliegenden Kürzungsanträgen oder Kompensationserträgen reden wir nicht über die Rechnung, wir reden prospektive in Bezug auf das Budget, dabei handelt es sich um reine Strafaktionen für diese angeblich viel zu hohen Ausgaben. Ich bin der Meinung, und ich bitte Sie, dabei das Wandbild hier anzuschauen, wenn die Boten der Eidgenossen bei uns sind als Gäste, dann sollten wir in grossen Freuden mit ihnen Essen und ihnen gebührend die Ehre erweisen. Aus meiner Sicht ist das eine Frage des Respekts gegenüber unseren Gästen. Es ist auch eine Frage des Patriotismus, es ist auch eine Frage des Eigeninteresses, weil die eidgenössischen Räte der Moderne, im Gegensatz zu den der frühen Neuzeit, über viele Mittel verfügen und entscheiden, die für uns in Basel ganz wichtig sind.

Es ist wichtig, dass sie sensibilisiert sind im Hinblick auf unsere Grenzregion, in Bezug auf Forschungsfragen, in Bezug auf Verkehrsfragen und es ist wichtig, dass wenn Personen aus unserer Stadt und Region in die höchsten Ämter der Eidgenossenschaft gewählt werden, dass man das auch gebührend feiert und diesen Vertretern der Eidgenossenschaft diesen Respekt erweist. Wir sollten in Basel eine Stadt der guten Nachbarn sein, aber eben auch der guten Gastgeber, gerade auch wenn Vertreter der Eidgenossenschaft hier sind,

Wir haben als Sozialdemokratie klar die Meinung, dass solche Feiern, und um hier die Analogie der frühen Neuzeit weiterzuziehen, nicht Feiern sein sollten, an denen nur die Ratsherren und Meister der Herrenzünfte teilnehmen können, sondern das sollte eine etwas breitere Basis haben. Wir wollen in diesem Sinne auch keine superelitären Feiern, die dann pro Kopf viel mehr kosten. Wir wollen keine Opulenz, keine Übertreibungen, sondern durchaus republikanische Nüchternheit im besten Sinne des Wortes.

Aber wir sollten gute Gastgeber sein, denn das ist in unserem Basler Interesse, wenn ich an die vielen Verkehrsentscheidungen denke, an Forschungsentscheide, wo sich die Frage stellt, werden die Interessen von Basel in Bern mitberücksichtigt, ja oder nein. Und wie gesagt, die 60'000 Franken jetzt für die Vorbereitung einer Feier, die waren schlussendlich überflüssig, was man aber nicht wissen konnte. Solche Feste, wenn man sie organisieren will, haben eine lange Vorlaufzeit.

Der Regierungsrat hat hier von seinen Kompetenzen Gebrauch gemacht. Dass man jetzt hier ihnen eine nachträgliche Strafaktion verordnen will, um irgendwo irgendwie zu kürzen, auch Dinge, die vielleicht notwendig und sinnvoll sind, erscheint uns nicht angebracht.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es liegen zwei Zwischenfragen vor. Eine von David Jenny und die andere von Pascal Messerli. Nehmen Sie sie an? Sie werden angenommen.

David Jenny (FDP): Schliesst die sozialdemokratische Definition republikanischer Nüchternheit auch den Genuss von Baselbieter Wein ein?

Tim Cuénod (SP): Selbstverständlich, wir sind nicht Freunde einer totalen Freudlosigkeit, die soll durchaus vorhanden sein, vor allem wenn es sich um guten regionalen Wein handelt. Wir haben nur etwas Mühe mit Opulenz und wenn es da an der Nüchternheit fehlt.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Pascal Messerli bitte.

Pascal Messerli (SVP): Tim Cuénod, Sie haben von Infrastrukturprojekten gesprochen. Ist es demnach so, dass die SP den wichtigen Rheintunnel unterstützen wird?

Tim Cuénod (SP): Meine Partei hat da eine kritische Haltung, weil sie sich den Ausbau anderer Infrastruktur mehr wünschen würde, vor allem im Bahnbereich, wo es effektiv viel schwieriger ist, von Bern Mittel abzuholen.



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es gibt noch eine Zwischenfrage von Eric Weber. Nehmen Sie sie an? Sie wird abgelehnt. Nächste Fraktionssprecherin für das GAB ist Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (GAB): Ich werde auch gleich zu allen drei Anträgen hier sprechen.

Die meisten bei uns in der Fraktion wurden in den letzten Wochen sehr oft auf diese Feiern angesprochen und ich muss sagen, selten mit wow, da passiert etwas Tolles, sondern meistens sehr ärgerlich. Die Menschen berichten davon, wie es ihnen geht, wenn die Krankenkassenprämien steigen, wie die Mieten steigen, wie sie Angst davor haben, dass sie eine Zahnarztrechnung nicht bezahlen können oder die Sorgen haben, dass ihre Kinder neue Winterjacken und Schuhe brauchen, die für sie wieder schwierig sind, das zu finanzieren. Und dann kommen die beiden Regierungen beider Basel und feiern ihre neuen Ständerats- und Bundesratspräsidien mit über einer halben Million.

Was bei der Bevölkerung angekommen ist, die Politik feiert sich selbst, lässt sich ein opulentes Fest servieren, ein Essen servieren und die Bevölkerung hat nichts davon. Das Geld wäre viel sinnvoller da ausgegeben, wo es wirklich der Bevölkerung zugutekommt. Das können Sie der Bevölkerung einfach nicht erklären. Das versteht so niemand. Und es ist verständlich, dass man sagt, die da oben, die Politik, nicht dass wir da oben sind, ich glaube, wir sind alles Vertreterinnen und Vertreter der Bevölkerung, aber solche Feste, solche Äusserungen, die da gemacht wurden, damit kann man sehr gut eine Wut schüren, eine Wut, die auch sehr verbreitet ist in der Bevölkerung.

Und ich muss auch sagen, ich verstehe bis heute nicht, warum man den einzigen Teil dieses Ständerats und Nationalratsfestes, der für die ganze Bevölkerung war, nämlich auf dem Marktplatz, nicht vorher kommuniziert hat. Also das wusste die Bevölkerung gar nicht. Wie will man dann ernsthaft der Bevölkerung sagen, es sei ein Fest für alle, wenn man es ihnen gar nicht sagt. Ich fand den Teil toll, aber ich war auch nur da, weil ich zufälligerweise aus diesem Saal hier rausgelaufen bin und da fast nicht daran vorbeigekommen bin. Also da wurde echt vieles falsch gemacht in der Planung und auch in der Kommunikation.

Vor diesem Hintergrund können wir diese Anträge auf nachträgliche Kürzungen und auch für die Kürzung des geplanten Bundesratsfestes verstehen. Ich bin auch überzeugt, dass mit 100'000 Franken weniger ein tolles Fest möglich wäre, aber im Nachhinein jetzt Gelder zu kürzen beziehungsweise innerhalb von der Staatskanzlei Gelder zu kürzen, weil in der Vergangenheit Gelder falsch ausgegeben wurden, bringt einfach nichts. Damit bestrafen Sie die falschen. Es wird kein einziger Franken, der für die vergangenen Feiern oder nicht Feiern ausgegeben wurde, wieder eingespart. Niemand hat irgendetwas davon. Also es bringt überhaupt nichts, diesen Kürzungsanträgen für die vergangenen Feste hier zuzustimmen, wir werden diese deshalb auch ablehnen.

Es macht aus unserer Sicht auch überhaupt keinen Sinn, jetzt gerade bei der geplanten Bundesratsfeier, die nun tatsächlich ein Fest für die Bevölkerung sein soll, hier zu sparen. Man merkt am Programm und auch der Kommunikation, ich habe gerade heute Morgen die Plakate auf dem Marktplatz gesehen, wo kommuniziert wird, welche Feste für die Bevölkerung da sind, wo man dabei sein kann, man hat daraus gelernt. Und das jetzt zu bestrafen, dieses Lernen, indem man hier Gelder kürzt, macht ebenfalls keinen Sinn.

Noch ein paar Worte zu den Antragstellenden, also zu der Partei. Es ist klar, die SVP zeigt hier wieder Mal ein gutes Gespür für den Ärger und die Wut in der Bevölkerung, aber gleichzeitig hat sie kein Problem damit, Millionengeschenke für Konzerne und Superreiche zu verteilen, die mit ihren Privatjets zu ihren Privatpartys fliegen und ihren superteuren Champagner schlürfen. Es geht Ihnen also hier nicht um die Sorgen der Bevölkerung, sondern eigentlich nur darum, Stimmung gegen andere Parteien und Politiker*innen anderer Parteien zu machen.

Ich bitte Sie also darum, hier diese Kürzungsanträge abzulehnen, damit wir die Bundesratsfeier so durchführen können, wie sie geplant ist. Auch ein wenig als Wiedergutmachung für die vergangene Feier, die doch sehr exklusiv und nicht für die Bevölkerung da war.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Einzelsprechenden. Erster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich bin mächtig stolz, dass ich Grossrat bin und dass ich diese Sache ins Rollen gebracht habe. Das war meine Anfrage mit diesen 60'000 Franken vor einem Jahr wegen Eva Herzog. Ich weiss jetzt gerade nicht mehr, schriftliche Anfrage oder Interpellation, aber ich bin mächtig stolz, dass ich das gebracht habe. Die Basler Zeitung hat es gross gebracht, ich musste massiv Widerspruch machen, weil mein Name nicht gebracht wurde, dann kam ein kleiner Leserbrief von mir, Eric Weber, Grossrat, hat das gemacht.

Wenn Sie seit 40 Jahren Grossrat sind wie ich, wenn Sie zusammenkommen mit jungen Leuten, dann hat man eine politische Erfahrung. Ich sage Ihnen, man hätte das Bundesratsfest zusammenlegen können mit Eva Herzog als



Ständeratspräsidentin. Man hat ja gewusst, dass Beat Jans gewählt wird, man hätte die Feste zusammenlegen können. Wir haben einen Ratskeller, einen Ratskeller hier unten wie in Dresden und Chemnitz, Platz für 550 Leute. Wir müssen keine Miete zahlen, warum machen Sie es nicht im Ratskeller im Rathaus Basel und im Innenhof? Da kann man auch sparen.

Zu den Kosten. Eva Herzog, 60'000 Franken letztes Jahr. Jetzt dieses Jahr 240'000 Franken, Beat Jans, 300'000 Franken. Man hätte die zwei Feste zusammenlegen müssen. Auch an die Regierung, die das macht, man kann eine Einladung auch noch nach der Wahl schreiben. In der schriftlichen Antwort auf meine Interpellation hat es geheissen, wir haben die Einladungskärtchen schreiben und drucken müssen. Aber das kann man auch nach einer Wahl machen. Schauen Sie einmal, wir sind im Zeitalter der Digitalisierung. Die Bundesratsfeier Beat Jans ist am 21. Dezember, da hätte man jetzt heute anfangen können mit den Kärtchen und nicht wie bei Eva Herzog schon drei Wochen vorher. Eine schnelle Druckerei druckt Ihnen heute in einer halben Stunde und dann muss man wirklich sagen, der Steuerzahler hat das Geld verloren. Es wird mit Steuergeldern herum geschossen, man hätte die Feierlichkeiten jetzt im Dezember zusammenlegen können.

Was die Vorredner noch gut gesagt haben, auch Tonja Zürcher hat richtig gesagt, die Bevölkerung hat ja von dem Fest auf dem Marktplatz gar nichts gewusst. Das ist ja gar nicht kommuniziert worden. Selbst wenn Sie die Basler Zeitung lesen, 20 Minuten, usw., können Sie nicht wissen von diesem Fest. Ich bin wie Tonja Zürcher, ich habe nur von dem Gratisessen mit Würstchen, Weisswein, verschiedene Mineralwasser gewusst, weil ich hier Grossrat bin. Wäre ich an dem Tag nicht im Grossen Rat gewesen, hätte ich auch nichts gewusst von dem Gratisessen auf dem Marktplatz. Da muss ich Tonja Zürcher Recht geben, es ist schlecht kommuniziert worden und es ist dann nicht ein Fest für die Bevölkerung. Die breite Bevölkerung hat nichts gewusst von der Gratiswurst.

Lieber Regierungsrat, es wäre schön, wenn man sparen würde, wenn man besser planen würde und das besser macht und nicht nur sagen, Tim Cuénod, Essen, Essen, Sie haben das Bild gezeigt, da haben sie Wasser und Brot gegessen für 20 Rappen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

Antrag SVP Dienststelle Staatskanzlei betreffend Bundesratsfeier Eva Herzog

JA heisst Zustimmung zum Antrag, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

5 Ja, 84 Nein, 4 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002331, 14.12.23 11:47:19]

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Antrag abgelehnt mit 84 Nein-Stimmen bei 5 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen.

Es liegt ein anderer Änderungsantrag der Fraktion SVP vor. Dienststelle Staatskanzlei (Budgetbuch Kapitel 3.2.3 Seite 52)

Erfolgsrechnung, Verbesserung um 60'000 Franken, Ständeratsfeier Eva Herzog. Der Antragsteller verzichtet auf ein Votum. Der Finanzkommissionspräsident verzichtet ebenso. Der Regierungs-Vizepräsident verzichtet ebenso. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Wir kommen direkt zur Abstimmung.

Abstimmung

Antrag SVP Dienststelle Staatskanzlei betreffend Ständeratsfeier Eva Herzog

JA heisst Zustimmung zum Antrag, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

7 Ja, 80 Nein, 6 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002333, 14.12.23 11:48:31]



Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag abzulehnen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Antrag abgelehnt mit 80 Nein-Stimmen bei 7 Ja-Stimmen und 6 Enthaltungen.

Es liegt ein Änderungsantrag von Pascal Messerli vor. Dienststelle Staatskanzlei (Budgetbuch Kapitel 3.2.3 Seite 52)

Erfolgsrechnung, Verbesserung um 100'000 Franken, Feier Beat Jans. Der Antragsteller verzichtet auf ein Votum. Joël Thüring verzichtet ebenso. Lukas Engelberger verzichtet ebenso. Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

Antrag Dienststelle Staatskanzlei betreffend Bundesratsfeier Beat Jans

JA heisst Zustimmung zum Antrag, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

5 Ja, 84 Nein, 5 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002335, 14.12.23 11:49:41]

Der Grosse Rat beschliesst

Den Antrag abzulehnen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Antrag abgelehnt mit 84 Nein-Stimmen bei 5 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen.

Es liegt ein weiterer Änderungsantrag der Fraktion SVP vor. Dienststelle Aussenbeziehungen und Standortmarketing (Budgetbuch Kapitel 3.2.4 Seite 55)

Erfolgsrechnung, Verbesserung um 150'000 Franken. Der Antragsteller Pascal Messerli hat das Wort.

Pascal Messerli (SVP): Gemäss Bericht der Finanzkommission plant das Präsidialdepartement Marketing-Massnahmen für die Beziehungen der Schweiz und der EU. Dafür sind im Rahmen einer mehrwöchigen Schweizer Präsenz im Sommer 2024 in Paris für die Konzeption Planung sowie Umsetzung und Begleitung vor Ort rund 150'000 Franken vorgesehen. Es wird immer wieder damit argumentiert, dass bei Kürzungsanträgen die Bevölkerung darunter zu leiden hat, dass wir eine Abbau-Politik machen, und hier muss ich Ihnen wirklich sagen, wenn wir diesen Kürzungsantrag sprechen, schadet das nun wirklich niemandem in der Bevölkerung.

Aussenpolitik ist ganz klar Aufgabe des Bundes, es ist nicht die Aufgabe des Kantons, ein neues Rahmenabkommen hier zu erwirken. Es ist nicht die Aufgabe des Kantons, hier die Beziehungen mit der EU weiterzuführen, das ist die Aufgabe des Bundesrats. Und auch wenn es sehr viele hier drin vielleicht nicht wahrhaben wollen, aber es ist einfach mal ein Fakt, dass ein Rahmenabkommen in dieser Form, wie es der Bundesrat beerdigt hat, einfach nie und nimmer mehrheitsfähig gewesen wäre.

Deshalb muss man jetzt da eher auf Bundesebene schauen, dass man hier etwas machen kann. Der Bundesrat soll mit einem neuen Vorschlag kommen und es ist sicherlich nicht die Aufgabe des Kantons, hier vorzupreschen und einmal mehr hier ein Basler Finish anzustreben, das am Ende des Tages überhaupt nicht relevant ist. Diese 150'000 Franken können wir uns wirklich einsparen, das schadet niemandem und hier dem Bund die Aufgabe überlassen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Johannes Sieber. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.



Johannes Sieber (GLP): Pascal Messerli, bei der Fülle dieser Anträge müsste ich mal fragen, welchen dieser Anträge haben Sie gestellt in der Finanzkommission und falls Sie einen davon nicht gestellt haben, warum nicht?

Pascal Messerli (SVP): Ich bin nicht in der Finanzkommission, deshalb habe ich dort auch keinen Antrag gestellt.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für die Finanzkommission hat das Wort Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Die Finanzkommission beantragt Ihnen, diesem Antrag nicht zuzustimmen. Wir haben diesen Antrag in der Finanzkommission nicht diskutiert, aber wir haben natürlich Kenntnis über diese Marketing-Massnahmen, welche geplant sind für die Beziehungen Schweiz/EU und sind nicht zum Entschluss gekommen, dass wir hier eine Kürzung beantragen müssten. Deshalb bitten wir Sie, den Antrag der SVP-Fraktion abzulehnen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat das Wort Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Der Regierungsrat möchte Sie bitten, diesem Antrag nicht Folge zu leisten. Es ist zwar natürlich die Aussenpolitik vor allem eine Kompetenz des Bundes, aber es gibt auch die kleine Aussenpolitik, die Nachbarschaftspflege, die für den Kanton wichtig ist und wir wollen hier auch unseren Spielraum nutzen. Gemäss Legislaturplan sollen der trinationale Lebensraum und seine Stärken auch europaweit bekannt gemacht werden oder im europäischen Umfeld besser positioniert werden. Dank einer engen Zusammenarbeit mit unseren Partnern im Dreiland sollen optimale Voraussetzungen geschaffen werden, regionale Anliegen gemeinsam zu vertreten und spezifische Vorhaben partnerschaftlich umzusetzen. Hierzu gehört auch die Notwendigkeit, sich für zukunftsfähige Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU einzusetzen und diese überzeugend zu vermitteln.

Dies soll unter anderem auch im Rahmen einer Charme-Offensive mit Marketing-Auftritten gezielt in Deutschland und Frankreich erfolgen. Teil davon ist ein Auftritt während den Olympischen Spielen und den Paralympischen Spielen im Maison Suisse France von Präsenz Schweiz, also in der Schweizer Botschaft in Paris, dort wollen wir uns präsentieren. Die Basler Präsenz beinhaltet eine Ausstellung zur Kulturmetropole, zum Innovationshub und zum Veranstaltungsort Basel sowie eine entsprechende Kommunikationskampagne. Zudem soll die Basler Präsenz als Plattform für Netzwerk-Anlässe, für Standortmarketing-Akteure aus den Bereichen Kultur, Tourismus, Wirtschaft, Sport, Bildung und Forschung sowie mit politischen Akteurinnen und Akteuren vor Ort genutzt werden.

Der Regierungsrat ist überzeugt, dass dieser Auftritt den Zielsetzungen des Kantons entspricht, ein sehr gutes Kosten-Nutzen-Verhältnis aufweist und sich die Kosten für diesen geplanten Auftritt in Paris somit mehrfach lohnen. Wir möchten Sie bitten, die 150'000 Franken im Budget nicht zu streichen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Eingetragen hat sich Tim Cuénod als Einzelsprecher und hat das Wort.

Tim Cuénod (SP): Vielen Dank an Regierungsrat Lukas Engelberger für die Ausführungen. Wie gesagt, es geht hier nicht um einen Basler Finish, sondern darum, ob sich Basel etwas anhängen will an der Präsenz des Bundes, der hier 4 Millionen Franken ausgibt für diese Präsenz der Schweiz an den Olympischen Spielen für Standort-Massnahmen und anders. Ich denke, wir werden da auch bei weitem nicht der einzige Kanton sein.

Und ich möchte schon betonen gegenüber der SVP, eine Rolle des Regierungsrates ist, das sollte auch eine Rolle des Grossen Rates sein, dass wir die Basler Interessen vertreten in unseren Aussenbeziehungen und reden Sie etwas mehr vielleicht mit den Vertreterinnen und Vertretern des Forschungsstandortes der Industrie. Wir haben ein massives Interesse, dass die Probleme mit der EU endlich gelöst werden können und dafür sollten wir uns auch einsetzen.

Aber abgesehen von diesem konkreten Ziel einer Neuordnung der Schweiz/EU-Beziehung tut uns Präsenz in Frankreich diesbezüglich generell sehr gut. Die Beziehungspflege dort ist hilfreich. In Frankreich werden auch sehr viele Entscheide, wie wir wissen, sehr zentralistisch entschieden. Wenn Sie eine Brücke bauen wollen von Kleinhüningen nach Huningue, dann brauchen Sie einen Staatsvertrag, so wie es aussieht. Und für viele andere Massnahmen redet Paris auch in unserer trinationalen Region direkt mit und da hilft es auch, mit Vertreterinnen und Vertretern von Paris und anderen irgendwie ins Gespräch zu kommen, eine starke Präsenz zu haben, um auch die Sensibilität für unsere trinationale Region zu stärken.



Ich denke dabei auch unseren Flughafen, ich denke an wichtige Entscheidungen von Paris in Bezug zum Beispiel in der Coronakrise, ob Pflegekräfte weiter in der Schweiz arbeiten können. Ich denke an Investitionen wie den Bahnanschluss am Flughafen. Es hilft, wenn man dort unsere trinationale Region ein wenig besser erklärt.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Franz-Xaver Leonhardt.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Ich habe, wenn es klappt, gerade ein Bild hier zum Zeigen. Das war eine Aufnahme von diesem Empfang, wo die Basler Regierung gemacht hat wegen der Art. Sie sehen hier den Schweizer Botschafter, das ist im Botschaftshaus. Sie sehen ein ganz berühmter Tapis, wo die Basler Vertretung von der Schweiz in Paris war bei Louis XIV. Dieses Bild soll zeigen, es wäre nicht gut, dieses Geld zu streichen, weil das nachbarschaftliche Pflege ist. Herzlichen Dank, dass wir dem Antrag nicht Folge leisten.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nun Eric Weber für ein kurzes Votum.

Eric Weber (Fraktionslos): Mein Vorredner hat ein Bild gezeigt von Paris. Ich möchte das Bild auch zeigen und habe das Bild hier.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich würde es gerne zuerst sehen. Ich lasse es nicht zu. Sie können jetzt reden.

Eric Weber (Fraktionslos): Regierungsrat Lukas Engelberger, Sie haben vorhin gesprochen, aber ich muss sagen, wenn jetzt Frau Le Pen, die ich persönlich kenne, übernimmt, hat sich das auch erledigt. Wenn Sie die Basler Zeitung lesen, wissen Sie auch, Tim Cuénod, in Paris wird von grosser Terrorgefahr gesprochen. Und ich möchte von der Regierung wissen, wer nach Paris geht und wer dabei ist als Begleitung.

Wenn Sie als Journalist wissen, wie diese Anlässe vor sich gehen, es ist gesagt worden, dieser Anlass findet statt mit Basel-Stadt in der Botschaft der Schweiz in Paris. An solchen Anlässen bin ich zu oft gewesen als Journalist. Ich kenne diese Anlässe und das hat nichts mit der Bevölkerung zu tun. Tim Cuénod, an diesen Anlässen wird gegessen, gegessen und nochmal getrunken und getrunken. Das ist so, das ist die Wahrheit. Ich möchte darum wissen, wer von der Regierung dorthin geht.

Es ist bekannt, dass die Situation in Frankreich nicht gut ist. Darum finde ich, könnte man diese 150'000 Franken auch sparen. Es ist einfach zu viel Geld da, eine Party hier, eine Party dort, noch dies und jenes. Das würde ich auch gerne einmal machen. Dann müsste man halt auch einmal die Grossräte fragen wie ich, die gute Beziehungen haben nach Frankreich, ob man auch einmal kommen dürfte, weil man die andere Seite auch wissen möchte. Und die andere Seite ist nicht nur die Regierung, sondern auch die Opposition. Das wollte ich einfach sagen.

Auch dieser Anlass in der Botschaft der Schweiz vor verriegelten Türen, dort kommt man nicht rein, dort werden andere Botschafter eingeladen, andere Botschaftsmitarbeiter und die kommen bestimmt nicht nach Basel, wenn sie sehen, was da am Bahnhof in Basel abgeht.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: In der zweiten Runde wird auf ein Votum verzichtet. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

Antrag SVP betreffend Standortmarketing und Aussenbeziehungen

JA heisst Zustimmung zum Antrag, NEIN heisst Ablenkung.

Ergebnis der Abstimmung

11 Ja, 80 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002338, 14.12.23 12:02:10]

Der Grosse Rat beschliesst



den Antrag abzulehnen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Antrag abgelehnt mit 80 Nein-Stimmen bei 11 Ja-Stimmen und keiner Enthaltung.

Ich unterbreche hier unsere Budgetsitzung. Wir treffen uns um 15:00 Uhr und fahren mit der Behandlung der Budgetdebatte fort.

Schluss der 42. Sitzung

12:02 Uhr